

SI KOMPAKT

SOZIALWISSENSCHAFTLICHES
INSTITUT

der Evangelischen Kirche in Deutschland 



OKR'in Petra-Angela Ahrens
Diplom-Sozialwirtin, wissenschaftliche Referentin

NR.5*2018

ISLAM UND MUSLIM*INNEN IN DEUTSCHLAND: DIE SICHT DER BEVÖLKERUNG UND IHRE ERWARTUNGEN AN DIE KIRCHE ZUM CHRISTLICH-ISLAMISCHEN DIALOG

Spätestens mit der hohen Zahl geflüchteter Menschen, die – vorrangig aus arabischen Staaten kommend – seit 2015 in Deutschland aufgenommen wurden, hat auch die gesellschaftspolitische Debatte um Muslim*innen und ihre Religion in Deutschland wieder an Fahrt aufgenommen. Befeuert wird sie insbesondere von der schon seit längerem zur rechtspopulistischen Partei gewandelten „Alternative für Deutschland“ (AfD)¹, die entsprechende Tendenzen in der Bevölkerung² nutzt und dabei anhaltend im Aufwind ist.

In einem am 15.März 2018 veröffentlichten Interview mit der BILD widersprach schließlich der tags zuvor vereidigte Bundesinnenminister Horst Seehofer – unter Berufung auf die hiesigen christlich geprägten Traditionen – dem Zitat von Christian Wulff „Der Islam gehört zu Deutschland“, der diese Überzeugung 2010 als Bundespräsident geäußert hatte, mit einem klaren „Nein. Der Islam gehört nicht zu Deutschland“.³

In direkt nachfolgenden Umfragen schien diese Sicht die mehrheitliche Stimmungslage der Bevölkerung aufzuzeigen: Mindestens drei Fünftel der jeweils Befragten bestätigten dieses Votum.⁴

Die seitdem anhaltend hohe Präsenz des Themas in der Öffentlichkeit war ein Ausgangspunkt für die Bevölkerungsumfrage des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD (SI) zu Islam und Muslim*innen in Deutschland, die in den ersten beiden Augustwochen 2018 – also vor dem tödlichen Messerangriff auf einen Deutschen in Chemnitz und die darauffolgenden Ereignisse inklusive rechtsextremer Ausschreitungen – durchgeführt wurde. Sie geht verschiedenen Wahrnehmungen zu Islam und Muslim*innen nach und bezieht dabei unter anderem auch den ‚gefühlten‘ Informationsstand der Befragten zum Islam und den persönlichen Kontakt zu Muslim*innen ein.

1 Vgl. Kroh/Fetz (2016).

2 Vgl. hierzu auch Vehrkamp/Merkel (2018)

3 www.welt.de (abgerufen im Oktober 2018)

4 Vgl. u. a. <https://www.cicero.de/innenpolitik/ gehoert-der-islam-zu-deutschland-umfrage-insa>.

Ein zweiter Ausgangspunkt war die Frage, welche Erwartungen die Bevölkerung an die evangelische Kirche hinsichtlich des christlich-islamischen Dialogs und dessen Fortführung hat, und welche Bedeutung dabei den subjektiven Wahrnehmungen zu Islam und Muslim*innen zukommt. In ihrem im September 2018 veröffentlichten Positionspapier bekräftigt die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) ihr Eintreten für „religiöse Vielfalt in Deutschland ausdrücklich auch im Blick auf Musliminnen und Muslime und ihre Religion, den Islam“. Sie unterstreicht, dass die „Fortführung und Vertiefung“ des Dialogs „für die friedliche und konstruktive Gestaltung des Zusammenlebens in einer pluralen Gesellschaft“ notwendig ist.⁵ Darin liegt auch ein Verweis auf das Selbstverständnis der Kirche, über diesen Dialog in das gesellschaftliche Leben hineinzuwirken, und damit Verantwortung im öffentlichen Raum zu übernehmen.

Schließlich war es auch ein Anliegen zu klären, welche Verbindungen sich zwischen den Wahrnehmungen zu Islam und Muslim*innen und den Sichtweisen zur Flüchtlingsaufnahme in Deutschland ergeben. Die Sichtweisen dazu hat das SI-EKD in mehreren Befragungswellen zwischen November 2015 und April 2017 differenziert erhoben.⁶ Die Frage nach der eigenen Ansicht darüber, ob Deutschland die Herausforderungen durch die Aufnahme der Flüchtlinge bewältigen wird, die 2015 in Anlehnung an das „Wir schaffen das“ der Bundeskanzlerin formuliert wurde, und einige Statements zu den persönlichen Erwartungen, die daran gekoppelt sind, wurden deshalb in die Erhebung aufgenommen. Damit können nun auch aktuelle Trends für August 2018 ausgewiesen werden.

Methodisches

Die weitgehend standardisierten Fragen wurden in eine telefonische Mehrthemenbefragung eingespeist. Dies hatte – abgesehen von möglichen systematischen Verzerrungen in monothematischen Erhebungen – den Vorteil, dass die Fragen zur Aufnahme geflüchteter Menschen in Deutschland vom thematischen Block zu Islam und Muslim*innen getrennt erhoben werden konnten, um wechselseitige Ausstrahlungseffekte (Halo-Effekte) zu vermeiden. Zudem lassen sich die Fragen zeitnah in diese regelmäßig stattfindenden Erhebungen einspeisen. Die Befragungsdauer war auf zehn Minuten begrenzt. Die Erhebung wurde vom Befragungsinstitut Kantar-Emnid in den ersten beiden Augustwochen 2018 durchgeführt.

An der Befragung haben 2.012 Personen teilgenommen. Die Stichprobe wurde per Zufallsauswahl gewonnen. Darin sind auch Mobilfunknummern berücksichtigt (Dual-Frame-Verfahren). Die Ergebnisse sind repräsentativ für die deutschsprachige Bevölkerung in Deutschland ab 14 Jahren.

⁵ Evangelische Kirche in Deutschland (2018), 1, 3.

⁶ Ahrens (2017a); dies. (2017b)

1 Wahrnehmungen zu Islam und Muslim*innen

Ausgangspunkt für die Wahrnehmungen waren sechs verschiedene Statements zu Islam und Muslim*innen, die die Befragten bejahen oder verneinen konnten.⁷ Differenziert wurde dabei zwischen der Stimmungslage zur Verankerung des Islam in der deutschen Gesellschaft und der gesellschaftlichen Einbindung der Menschen, die dieser Religion zugehören. Darüber hinaus wurde mit der Aussage zum „gemeinsamen Glaubenskern“ von Christentum und Islam auch die religiöse Dimension der Vereinbarkeit explizit berücksichtigt.

Meinungen zu Islam und Muslim*innen

In der Akzeptanz von Islam und Muslim*innen zeigt sich ein geteiltes Bild: Nur ein Drittel der Befragten meint, dass der Islam in die deutsche Gesellschaft passt. Aber mehr als zwei Drittel (69%) sind der Ansicht, dass Muslim*innen zum Alltagsleben in Deutschland gehören (Abb. 1). Damit scheint die häufig anzutreffende Gegenüberstellung von Islam und Muslim*innen auf einen klaren Rückhalt in der Bevölkerung bauen zu können. Allerdings ist zu beachten, dass diese Unterscheidung nicht zu einer einfachen alternativen Betrachtung führt: Das „Ja“ zu Muslim*innen im Alltagsleben ist nämlich mit einer deutlich höheren Akzeptanz des Islam (46 %) verbunden und damit für viele positiv konnotiert, während das „Nein“ mit einer praktisch durchgehenden Ablehnung des Islam (97 %) einhergeht.

Ebenfalls überwiegenden Zuspruch findet die Ansicht, dass „unter den in Deutschland lebenden Muslimen viele religiöse Fanatiker sind“ (54%). Dieser steigt auf sogar auf mehr als drei Viertel unter denen, die der Meinung widersprechen, dass Muslim*innen zum Alltagsleben gehören. Doch auch fast die Hälfte der Befürworter*innen dieser Meinung (48 %) sieht das Problem. Außerdem: Bei den wenigen Muslim*innen in unserer Befragung (siehe Infokasten zum nächsten Punkt) fällt der Anteil der Zustimmungen genauso hoch aus.⁸ Daraus ergibt sich eine Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Wahrnehmungen, die in den (medialen) Debatten oftmals vernachlässigt wird: In der Bevölkerung wird

⁷ Die Formulierungen: Der Islam passt in die deutsche Gesellschaft; Ich habe den Eindruck, dass unter den in Deutschland lebenden Muslimen viele religiöse Fanatiker sind; Ich hätte nichts gegen eine(n) muslimische(n) Bürgermeister*in meiner Gemeinde wenn aus der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) 2016 übernommen (Studiennummer ZA5250).

⁸ Wegen ihrer geringen Fallzahl (n=41) können sie in der Auswertung generell nicht gesondert berücksichtigt werden. In deutschsprachigen Befragungen ohne entsprechende Sonderstichproben sind Muslim*innen leider zumeist deutlich unterrepräsentiert.

durchaus zwischen Muslim*innen im gesellschaftlichen Alltagsleben und dem islamischen Fanatismus differenziert.

Die Hälfte der Befragten ist der Auffassung, dass Islam und Christentum einen „gemeinsamen Glaubenskern“ haben.

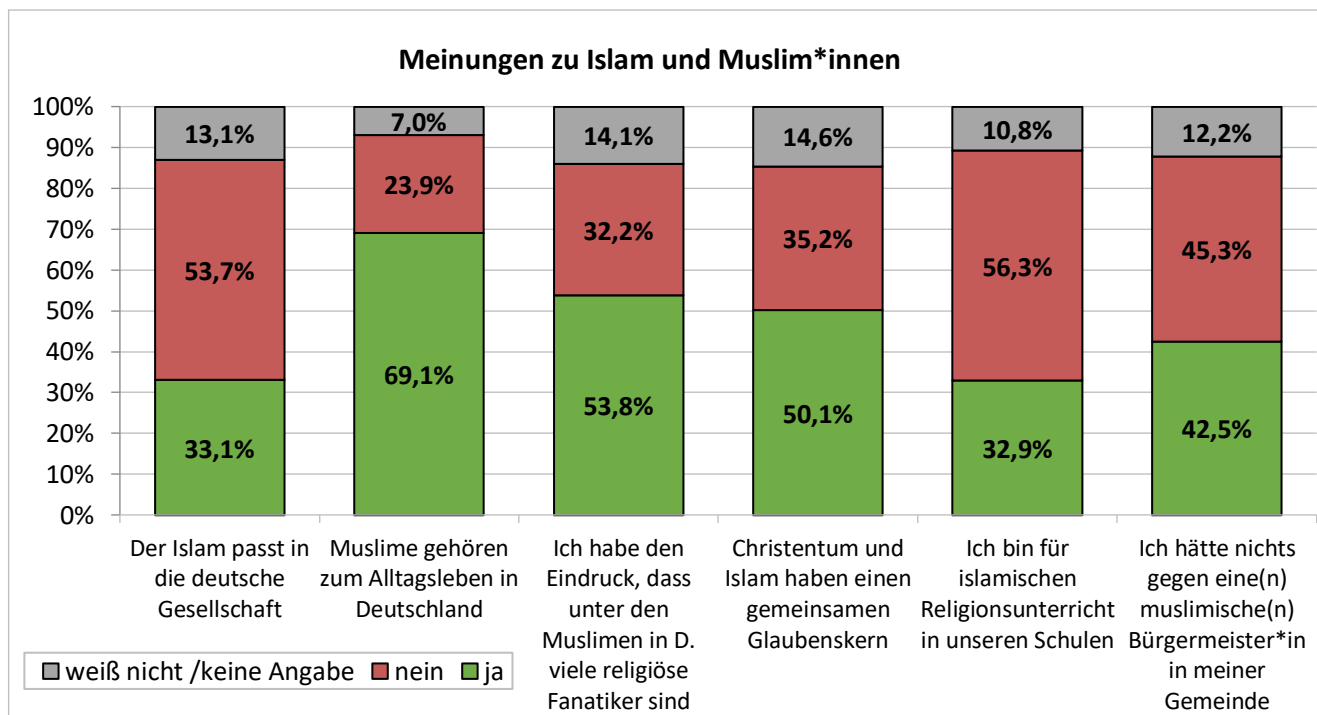


Abbildung 1

Übersehen werden darf allerdings auch nicht, dass die Ergebnisse für das knappe Viertel der Befragten, die Muslim*innen die Zugehörigkeit zum Alltagsleben absprechen, sehr viel eindeutiger ausfallen. Sie wenden sich zugleich praktisch durchgehend gegen eine Zugehörigkeit des Islam und nehmen weit überwiegend eine Vielzahl muslimischer Fanatiker*innen wahr: Darin lässt sich schon eine klare Positionierung erkennen, sowohl gegen den Islam als auch gegen Muslim*innen.

Im Vergleich zur Akzeptanz des Islam in der deutschen Gesellschaft fällt die Zustimmung zu einem/einer muslimischen Bürgermeister*in mit 43 % erstaunlich hoch aus.⁹ Selbst in der Mehrheit, die sich gegen die Zugehörigkeit des Islam ausspricht, hätten immerhin 28 % nichts dagegen einzuwenden; bei denen, die sich gegen die Zugehörigkeit von Muslim*innen zum Alltagsleben aussprechen, votieren noch 23 % entsprechend. Möglicherweise steht hier eher der Gedanke an die (kommunal-) politische Einbindung, also die bewusste Integration dieser Muslim*innen in die Strukturen des bestehenden Gemeinwesens, im Vordergrund. Es mag auch sein, dass die bis zur bundespolitischen Ebene etablierten Politiker*innen muslimischen Glaubens in diesem Zusammenhang eine Rolle spielen.

Wenn es um die religiöse Dimension geht, werden damit deutlich häufiger Übereinstimmungen wahrgenommen als auf der gesellschaftlichen Ebene. Das spiegelt sich auch in der deutlich geringeren positiven Resonanz für den islamischen Religionsunterricht in deutschen Schulen wider (33 %) – wie schon bei der Akzeptanz des Islam in unserer Gesellschaft. Seine institutionelle Verankerung als eigener Fachunterricht in der Sozialisationsinstanz Schule wird überwiegend kritisch beurteilt.

Zwar sprechen sich diejenigen, die einen gemeinsamen Glaubenskern von Islam und Christentum wahrnehmen, deutlich häufiger für islamischen Schulunterricht aus (48 %). Doch weicht der Anteil unter ihnen, der sich – dennoch – gegen dieses Schulfach wendet, mit knapp 53 %, eher wenig davon ab. Wenn dagegen der Islam in der deutschen Gesellschaft akzeptiert wird, votieren 62 % für und nur 29 % gegen islamischen Religionsunterricht.

Schließlich verdienen die recht hohen Anteile von Befragten, die sich bei den verschiedenen Meinungen nicht für ein „Ja“ oder „Nein“ entscheiden konnten oder keine Antwort geben mochten, eigene Erwähnung. Sie liegen jeweils zwischen deutlich über 10 % bis zu fast 15 % – abgesehen von der Zugehörigkeit von Muslim*innen zum Alltagsleben (7 %).

⁹ Zum Vergleich: Im ALLBUS 2016 wurden diese Fragen mit einer 7-stufigen Skala erhoben. Deshalb sind die Prozentwerte selbst nicht vergleichbar. Der Anteil der Zustimmungen für die Akzeptanz eines/r muslimischen Bürgermeister/s/in liegt dort sogar doppelt so hoch wie der für die Akzeptanz des Islam (eigene Berechnungen mit dem Datensatz).

Das lässt auf ein beträchtliches Maß an Unsicherheit, beziehungsweise noch nicht abgeschlossener Meinungsbildung in Bezug auf Islam und Muslim*innen in Deutschland schließen.

Unterschiede nach Konfessionszugehörigkeit

Vor allem bei den Aussagen zum gemeinsamen Glaubenskern und zum islamischen Religionsunterricht liegt es nahe, davon auszugehen, dass sich Beurteilungsdifferenzen ergeben, wenn die Religionszugehörigkeit berücksichtigt wird. Leider kann wegen der ansonsten zu geringen Fallzahlen (siehe Infobox) nur zwischen Evangelischen, Katholischen und Konfessionslosen unterschieden werden. Erkennbare Abweichungen ergeben sich insbesondere für Konfessionslose: Sie stimmen fast allen Aussagen (etwas) seltener zu als Kirchenmitglieder. Besonders deutlich ausgeprägt ist das tatsächlich bei ihrem Zuspruch zum islamischen Religionsunterricht (22 %), was zumindest zum Teil einer generell eher ablehnenden Haltung gegenüber dem Schulfach Religion geschuldet sein mag. Nur bei den Voten zu einem/r muslimische/n Bürgermeister*in bilden sich praktisch keine Unterschiede zu den Kirchenmitgliedern ab.

Darüber hinaus zeigen sich bei der positiven Resonanz auf den gemeinsamen Glaubenskern von Christentum und Islam sowie auf den islamischen Religionsunterricht Abweichungen zwischen Katholischen und Evangelischen: Letztere reagieren etwas zurückhaltender. Allerdings sind die Unterschiede nicht so stark ausgeprägt, dass daraus eine konfessionsbezogene Folgerung gezogen werden könnte. Hier mögen auch die jeweiligen Verteilungen soziodemografischer Merkmale zum Tragen kommen, die sich zum

Beispiel beim Alter zeigen: So haben die Evangelischen ein höheres Durchschnittsalter (51,9 Jahre) als die Katholischen (49,5 Jahre).

Infobox: Religionszugehörigkeit der Befragten (n=1.978)		
	Anzahl	Anteil
Der römisch-katholischen Kirche	591	29,9%
Der evangelischen Kirche (oh. Freikirchen)	555	28,1%
Einer evangelischen Freikirche	46	2,3%
Einer anderen christlichen Religionsgemeinschaft	50	2,5%
Einer anderen, nicht-christlichen Religionsgemeinschaft*	53	2,7%
Keiner Religionsgemeinschaft	682	34,5%
*darunter 41 bzw. 76,5% Muslim*innen		

Sozialstrukturelle Unterschiede

In der Differenzierung der Stimmungslage zum Islam nach sozialstrukturellen Aspekten (Abb. 3) sind es die Jüngsten, die sich besonders deutlich von allen anderen Befragten abheben: Unter ihnen dominiert die Akzeptanz des Islam in der deutschen Gesellschaft – bei 14- bis 19-Jährigen zu 81 %, bei Schüler*innen zu 80 % – in großer Klarheit. Der naheliegende Schluss auf eine generell unter Jüngeren beziehungsweise den jüngeren Generationen positivere Sicht des Islam bestätigt sich aber nicht. Schon bei den 20-29-Jährigen sinkt der Anteil stark auf nur noch 39 %. Außerdem sind es die 30-39- und die 40-49-Jährigen, bei denen der Zuspruch am geringsten ausfällt und erheblich unter dem der höheren Altersgruppen bleibt.

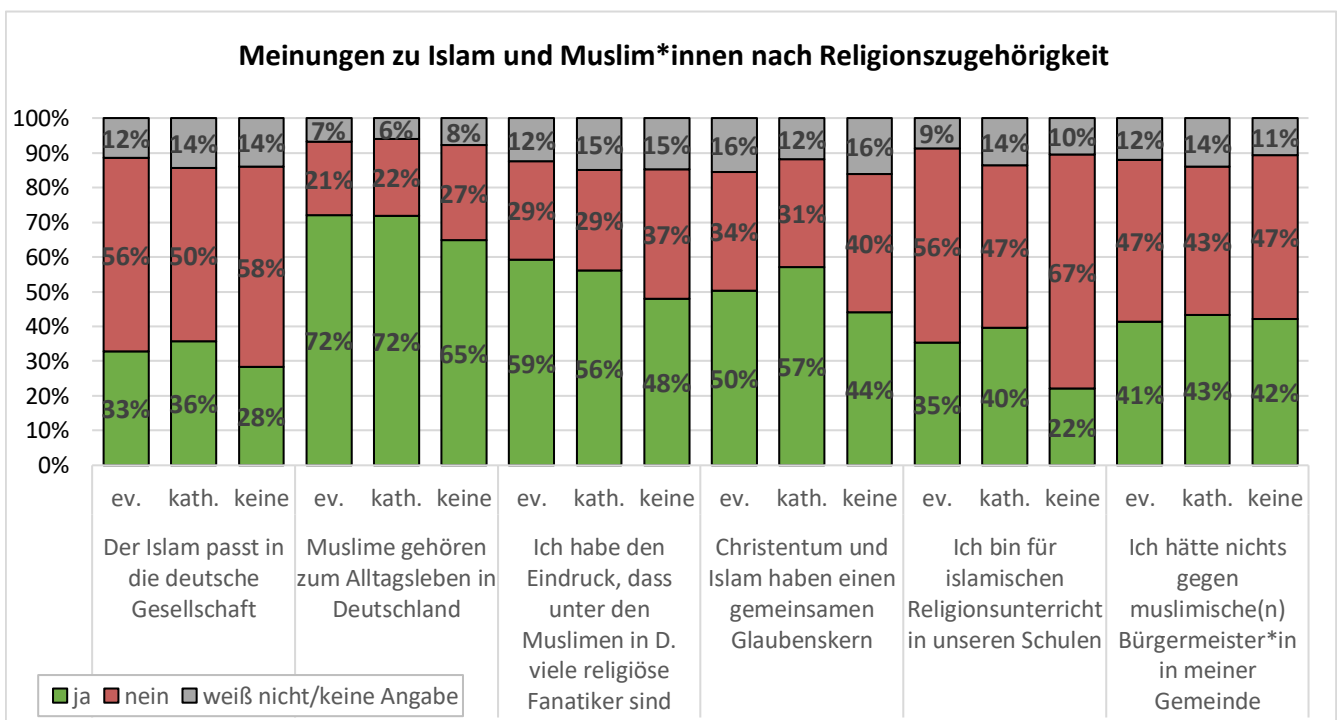


Abbildung 2

Die überaus hohe Zustimmung der Jüngsten mag auf ihren wohl zumeist täglichen Umgang mit gleichaltrigen Muslim*innen in der Schule zurückzuführen sein, aus dem sich dann auch private Kontakte ergeben können (vgl. auch den Punkt Kontakte). Doch scheint dies – biografisch interpretiert – nicht zu einer nachhaltig wirkenden höheren Akzeptanz zu führen, wenn man auf den Wert für die nachfolgende Altersstufe, die 20- bis 29-Jährigen blickt.

Für die besonders kritische Haltung der beiden Altersgruppen zwischen 30 und 49 Jahren könnte die hauptsächlich in diese Lebensphase fallende Kindererziehung eine Rolle spielen, mit entsprechenden Bedenken: Tatsächlich votieren diese Altersgruppen in allen sechs vorgegebenen Meinungen zu Islam und Muslim*innen häufiger in negativer Richtung als die anderen.

Ein klarer Zusammenhang ergibt sich mit dem Bildungsstand der Befragten: Mit höherem Bildungsabschluss wächst die Zustimmung. Und dieser Effekt bleibt nicht auf die Aussage zur Akzeptanz des Islam beschränkt. Er zieht sich praktisch durch die gesamte Befragung, ob es um die Akzeptanz von Islam oder Muslim*innen, die Befürwortung des christlich-islamischen Dialogs der Kirche oder auch die Fragen zur Aufnahme von Geflüchteten in Deutschland geht: Höher Gebildete signalisieren häufiger eine positive oder zugewandte Haltung, wenn es um die (strukturellen) Veränderungen in Deutschland geht, die mit der Immigration muslimischer Menschen eingetreten sind.

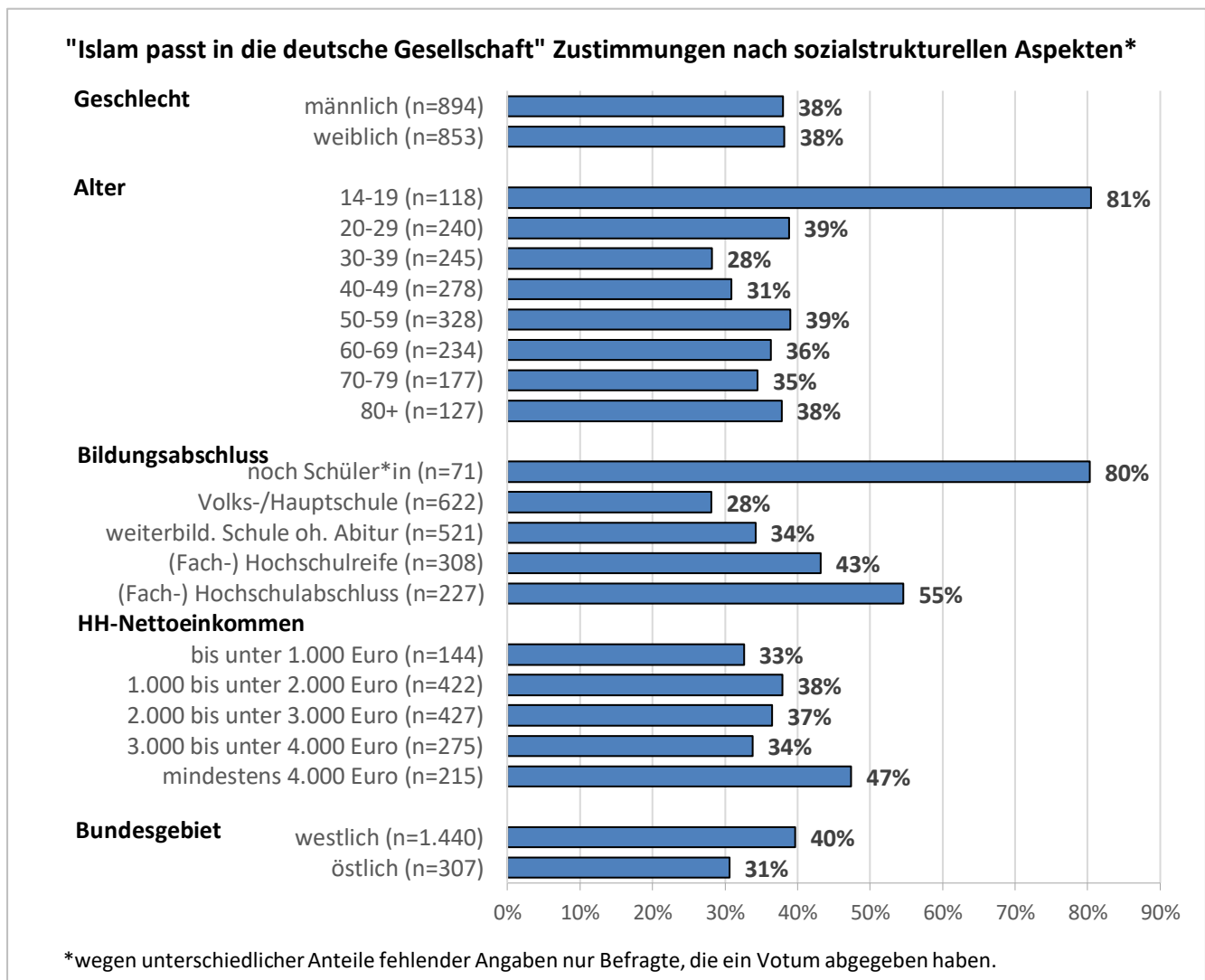


Abbildung 3

Obwohl der Bildungsabschluss generell mit der Einkommenshöhe korreliert¹⁰, zeigt sich für letztere kein klarer Zusammenhang mit der Akzeptanz des Islam: Nur die Befragten mit einem Haushaltsnettoeinkommen von mindestens 4.000 Euro weichen mit ihrem deutlich höheren Zuspruch (47 %) erkennbar von allen anderen Einkommensgruppen ab.

Eine weitere Differenz bildet sich schließlich zwischen westlichem und östlichem Bundesgebiet ab: Das Stimmungsbild zum Islam in der deutschen Gesellschaft ist im Westen (40 %) deutlich positiver als im Osten (31 %). Auch dies ist eine Differenz, die sich in vielen weiteren Ergebnissen – wie auch in anderen Befragungen zu ähnlichen Themen – zeigt. In diesem Kontext wird häufig auf die im Westen schon längeren Erfahrungen mit Menschen islamischen Glaubens verwiesen, die bis auf den Zuzug türkischer „Gastarbeiter“ seit den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts zurückreichen. Ein zweiter Erklärungsansatz bezieht sich auf die im Osten größere Sorge vor gesellschaftlichen Veränderungen.

Sie wird mit den Transformationsprozessen im Zuge der Vereinigung der beiden deutschen Staaten begründet, die für die Bevölkerung im östlichen Bundesgebiet mit Verlust Erfahrungen verbunden waren, oftmals auch mit Brüchen in der eigenen Biografie, die bis heute nachwirken.

Subjektiver Informationsstand und Wichtigkeit der Diskussion über Islam und Muslim*innen

Etwas mehr als ein Viertel der Befragten betrachtet sich als eher oder sogar sehr gut über den Islam informiert, ein knappes Viertel eher oder sehr schlecht (Abb. 4). Den größten Anteil stellen diejenigen, die sich in dieser Frage nicht auf die eine oder andere Seite festlegen wollen (teils/teils) und damit auch eine Unsicherheit zum Ausdruck bringen (47 %). Damit äußert nur eine Minderheit, dass sie einen guten Einblick in diese Religion hat, auch wenn sich kaum sagen lässt, an welchen Ansprüchen dieser gefühlte, also subjektive Informationsstand gemessen wird. Abgesehen vom oben bereits angesprochenen Bildungseffekt: höher Gebildete fühlen sich besser informiert, sind zu dieser Frage auch geschlechtsspezifische Unterschiede zu erkennen: So sind Männer häufiger der Ansicht (31%), einen guten Informationsstand zu haben, als Frauen (24%).¹¹

Die Diskussion über Islam und Muslim*innen in Deutschland (Abb. 4) halten 36 % für sehr oder eher wichtig im Vergleich zu 27 %, denen (eher) nichts daran liegt. Damit überwiegt zwar der Anteil der Befragten, die der gesellschaftspolitischen Debatte zu diesem Thema einen eher hohen Stellenwert beimessen. Allerdings erreicht die Virulenz des Themas in der Bevölkerung bei weitem nicht das Ausmaß, das man angesichts der Aufgeregtheit der Auseinandersetzungen in Politik und Medien erwarten könnte.

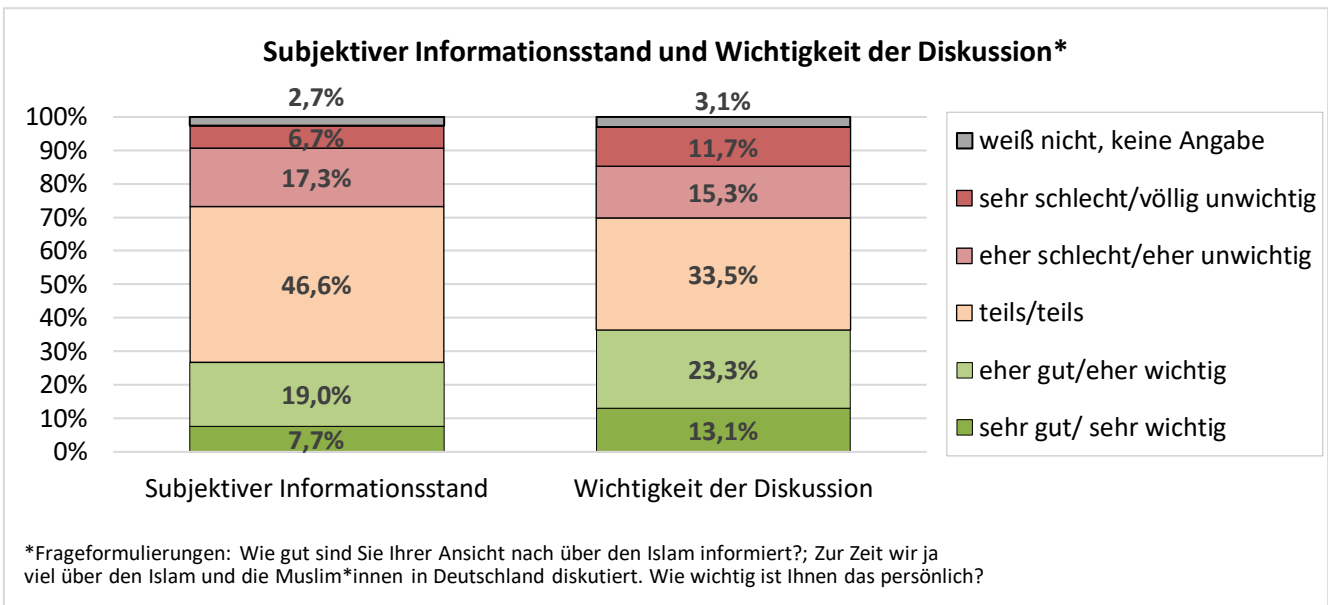


Abbildung 4

10 Korrelationskoeffizient (Kendall-Tau-b): 0,315 (p=0,000)

11 In kontrollierten Korrelationen, die darüber hinaus auch das Alter, das Bundesgebiet, die Verstärkungszonen (BIK), Haushaltsgröße und Kirchenzugehörigkeit berücksichtigen, sind sie die einzigen Merkmale, die jeweils nennenswerte eigene Effekte zeigen. Betawert für Bildung: 0,178, für Geschlecht: 0,101, p=0,000.

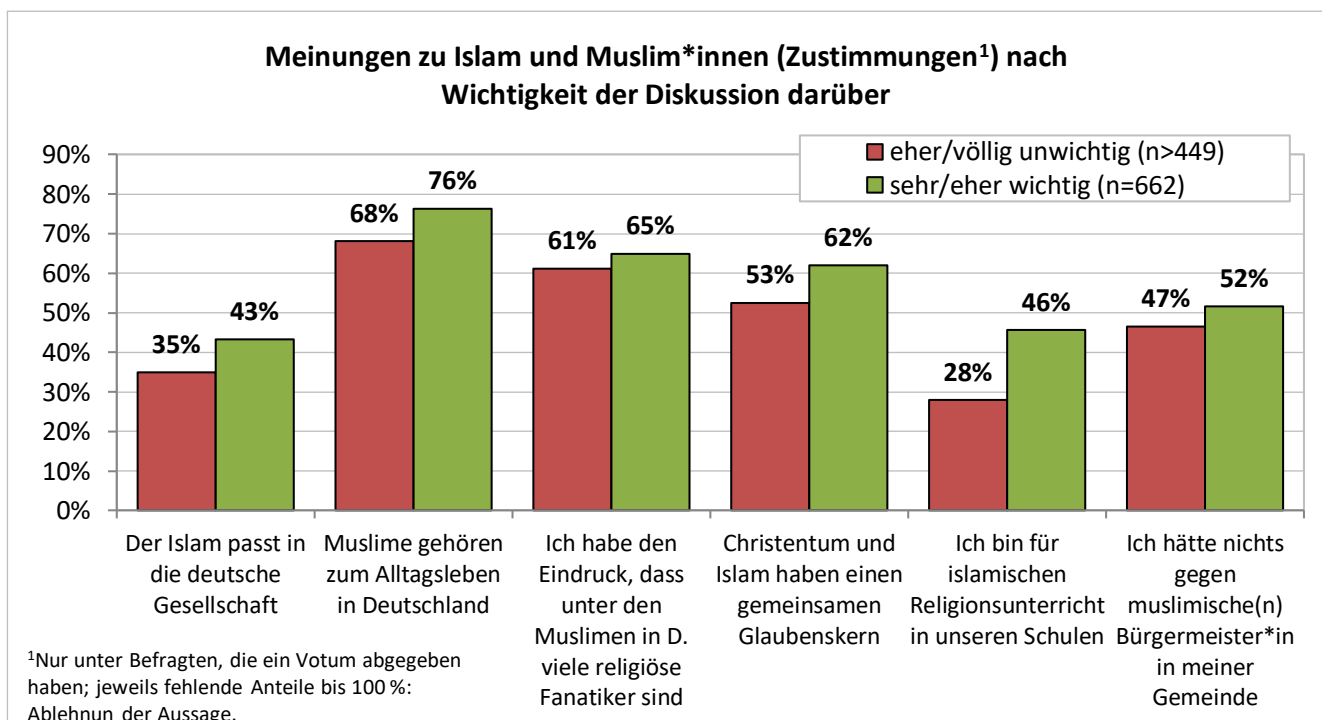


Abbildung 5

In der Tendenz steigt die gesehene Wichtigkeit der Diskussion mit zunehmendem subjektiven Informationsstand: Besser Informierte räumen der Diskussion über Islam und Muslim*innen eine größere Bedeutung ein – und umgekehrt.¹² Doch bleibt es bei einer Tendenz: Die nach eigener Meinung schlecht Informierten finden die Diskussion immerhin noch zu 29 % wichtig; etwas mehr als einem Drittel von ihnen liegt kaum oder nichts daran.

Aber hat der subjektive Stellenwert der Diskussion auch einen Effekt, wenn es um die Meinungen zu Islam und Muslim*innen geht? Diejenigen, denen die Diskussion wichtig ist, votieren häufiger für eine Einbindung von Islam und Muslim*innen in die deutsche Gesellschaft, als die Desinteressierten (Abb. 5). Hier hätte auch ein gegenteiliges Ergebnis nahe gelegen, wird doch die öffentliche Debatte zumeist von jenen befördert, die sich für eine Ab- beziehungsweise Ausgrenzung aussprechen.

Besonders klar fällt der Unterschied zur Frage des islamischen Religionsunterrichts an deutschen Schulen aus. Gleichwohl führt dies nicht dazu, dass sich unter den Diskussionsinteressierten eine Mehrheit dafür entscheidet – es sind 46 %. Ein ähnliches Ergebnis zeigt sich auch für die Akzeptanz des Islam.

Für die überwiegende Einschätzung, dass es unter Muslim*innen viele religiöse Fanatiker gibt, spielt die gesehene Wichtigkeit der Diskussion praktisch keine Rolle.

Das unterstreicht noch einmal, dass diesem Problem in der Bevölkerung eine von anderen Einschätzungen unabhängige,

eigenständige Relevanz zugesprochen wird. Schließlich kann sich auch eine Mehrheit der Diskussionsinteressierten (52 %) eine/n muslimische/n Bürgermeister*in vorstellen – der Abstand zu den Desinteressierten (47 %) ist hier aber ebenfalls eher gering.

Islam eher bedrohlich oder bereichernd?

Im Religionsmonitor 2013 wurde die subjektiv wahrgenommene Bedrohung beziehungsweise Bereicherung durch verschiedene Religionen erhoben, darunter auch der Islam.¹³ Die Frage nach der entsprechenden Einschätzung des Islam wurde in unserer Befragung adaptiert.

Fast die Hälfte der Befragten empfindet den Islam als Religion eher oder sehr bedrohlich. Mit einem guten Drittel nimmt ihn nur eine Minderheit demgegenüber als bereichernd wahr. Auffallend hoch (17 %) fallen auch bei dieser Frage die Anteile derjenigen aus, die sich dazu nicht äußern können oder mögen. (Abb. 6)

Es zeigt sich, dass die Verbreitung des Bedrohungsgefühls weniger eine Frage des guten oder schlechten Informationsstandes ist (Abb.7). Die jeweiligen Anteile (49 %/51 %) unterscheiden sich kaum. Allerdings stufen die nach eigener Ansicht gut Informierten den Islam sehr viel häufiger als bereichernd ein (44 %/26%), bei gleichzeitig erheblich niedrigerem Anteil fehlender Voten. Zwar überwiegt auch bei ihnen immer noch die negative Wahrnehmung. Das Ergebnis verweist aber darauf, dass mit einem Abbau von Unsicherheiten in der Einschätzung einiges bewirkt werden kann.

12 Korrelationskoeffizient (Pearson): $r=0,110$, $p=0,000$.

13 Vgl. Pollack/Müller (2013), 37.

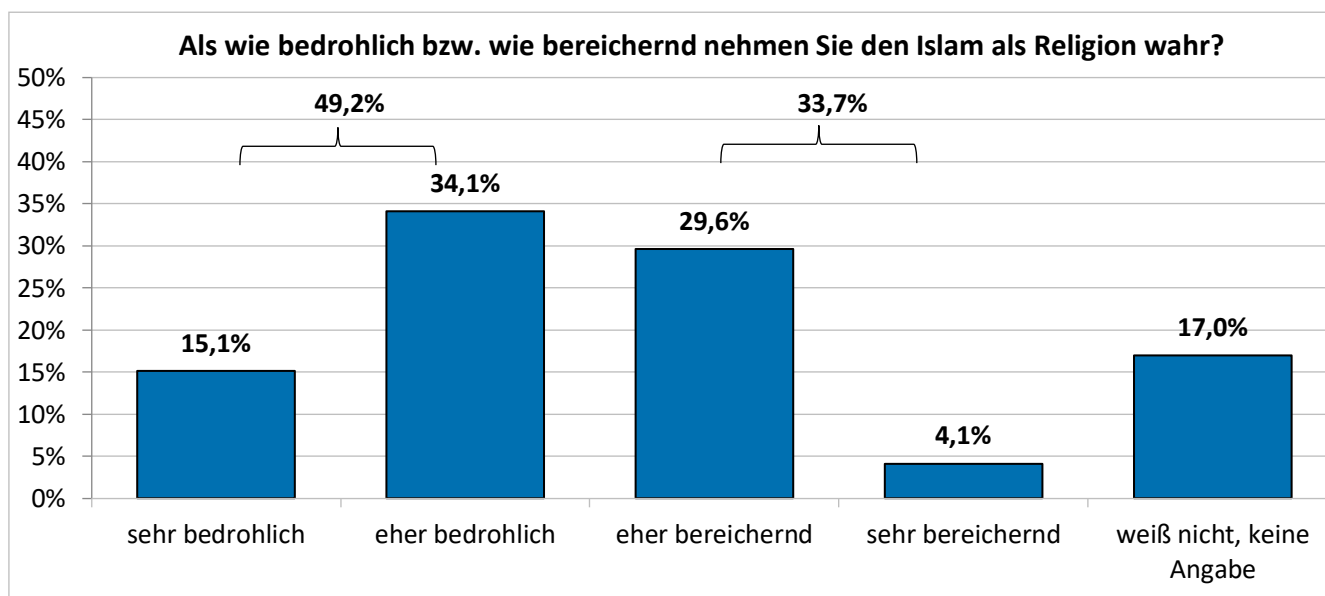


Abbildung 6

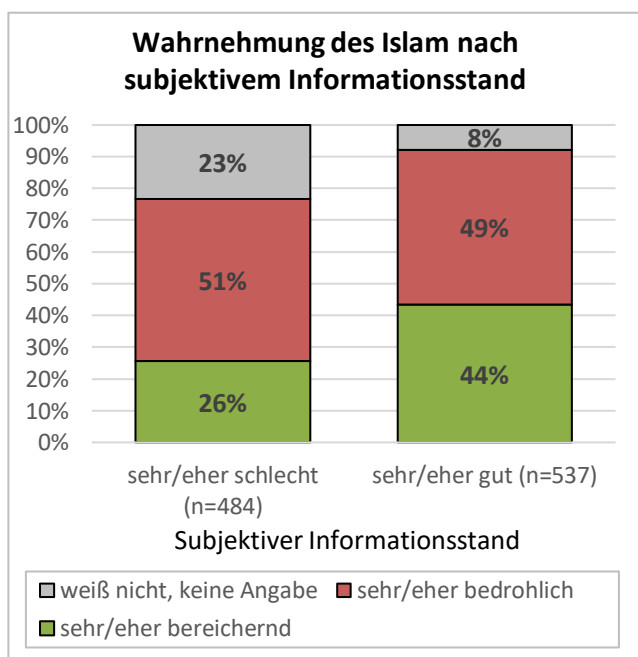


Abbildung 7

Für das westliche Bundesgebiet weichen die jeweiligen Werte unserer Befragung kaum von denen des Religionsmonitors ab (Abb. 8). Die Anteile für die wahrgenommene Bedrohlichkeit des Islam sind mit jeweils 49 % sogar identisch. Damit lassen sich hier im Abstand von fünf Jahren keine Veränderungen feststellen – trotz der polarisierenden Debatte, die im Zuge der Aufnahme zumeist muslimischer Geflüchteter seit 2015 (wieder) in Gang gesetzt worden ist.

Ermittelte der Religionsmonitor für das östliche Bundesgebiet noch deutlich „stärkere Vorbehalte gegenüber dem Islam“¹⁵ als im westlichen, so bilden sich in unserer Befragung von 2018 keine merklichen Unterschiede (mehr) ab: Der Anteil der Befragten im östlichen Bundesgebiet, die den Islam als bereichernd einstufen, liegt deutlich höher als im Religionsmonitor. Daraus lässt sich zwar nicht folgern, dass sich tatsächlich eine positive Veränderung in der Wahrnehmung abbildet. Es liegen ja nur zwei Momentaufnahmen zu den jeweiligen Einstufungen vor, die zudem in unterschiedlichen Fragekontexten erhoben wurden. Doch ist die weitgehende Übereinstimmung zwischen West und Ost für sich genommen schon ein wichtiges Ergebnis.

Vergleich mit Ergebnissen des Religionsmonitors

Im Religionsmonitor 2013 werden die Ergebnisse zur Wahrnehmung des Islam als Religion im Vergleich zwischen westlichem und östlichen Bundesgebiet vorgestellt.¹⁴

¹⁴ Ebd. Es ist nicht auszuschließen, dass der dort gesetzte Assoziationsrahmen – mit der Einschätzung unterschiedlicher Religionen sowie des Atheismus – auch mit einer von unserer Befragung abweichenden Wahrnehmung verbunden ist.

¹⁵ Pollack/Müller (2013), 38.

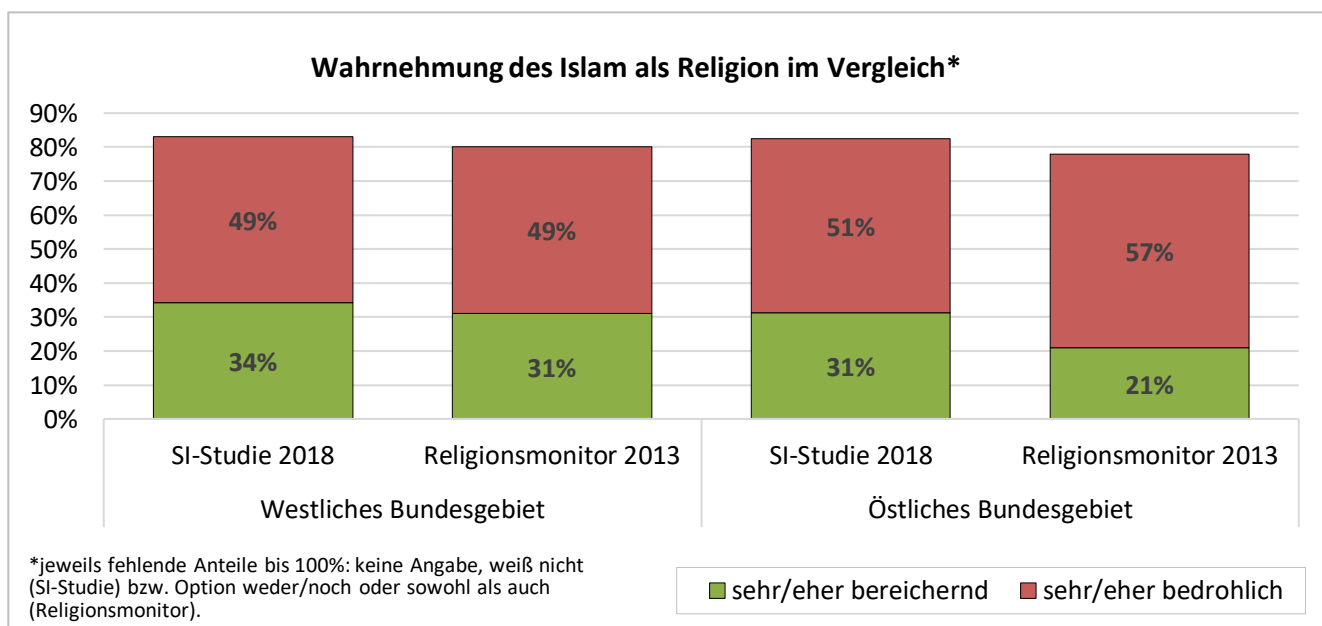


Abbildung 8

Wahrnehmung des Islam und Meinungen zu Islam und Muslim*innen

Die Effekte der bedrohlichen oder bereichernden Wahrnehmung des Islam für die Ergebnisse zu den verschiedenen Meinungen zu Islam und Muslim*innen in Deutschland ragen geradezu heraus. Die Minderheit der Befragten, die ihn als bereichernd empfindet, stimmt allen Aussagen, die auf eine Zugehörigkeit von Islam und Muslim*innen zu Deutschland abstellen, in großen, zum Teil weit überwiegenden Mehrheiten zu (Abb. 9). Gleichzeitig folgt unter ihnen nur ein Drittel dem Eindruck der „vielen religiösen Fanatiker“ unter Muslim*innen.

Die Mehrheit, die den Islam als bedrohlich wahrnimmt, findet sich sozusagen auf der Gegenseite. Mit Ausnahme der Zugehörigkeit von Muslim*innen zum Alltagsleben (56 %) lehnen diese Befragten alle positiv konnotierten Aussagen in großer Mehrheit ab. So widersprechen 87 % der Auffassung, dass der Islam in die deutsche Gesellschaft passt¹⁶, und mehr als vier Fünftel (84 %) bestätigen das Problem des unter Muslim*innen verbreiteten religiösen Fanatismus.

Es scheint, dass die in den bisherigen Vergleichen immer wieder deutlich gewordenen Differenzierungen in den Sichtweisen der Bevölkerung, die gegen eine schlichte Gegenüberstellung oder gar Polarisierung der Meinungen sprechen, geradezu aufgehoben werden, wenn die – affektiv besetzten – Wahrnehmungen des Islam als Religion ins Spiel kommen.

Zwar muss hier beachtet werden, dass die Frage zu diesen Wahrnehmungen ihrerseits schon polarisierend angelegt ist: Das Bedrohliche ist dem Bereichernden gegenübergestellt. Zudem stimmen diejenigen, die sich nicht für die eine oder andere Seite entscheiden möchten (weiß nicht/keine Angabe), allen positiv konnotierten Aussagen zu Islam und Muslim*innen überdurchschnittlich zu. Aber: Die meisten Befragten (83 %) haben sich mit ihrer Wahrnehmung auch auf der einen oder anderen Seite wiederfinden können.

¹⁶ Vgl. hierzu auch Pollack/Müller, a.a.O., 40, die ähnliche, aber weniger extreme Verteilungen zur Aussage „Der Islam passt nicht in die westliche Welt“ für den Religionsmonitor 2013 ermittelt haben.

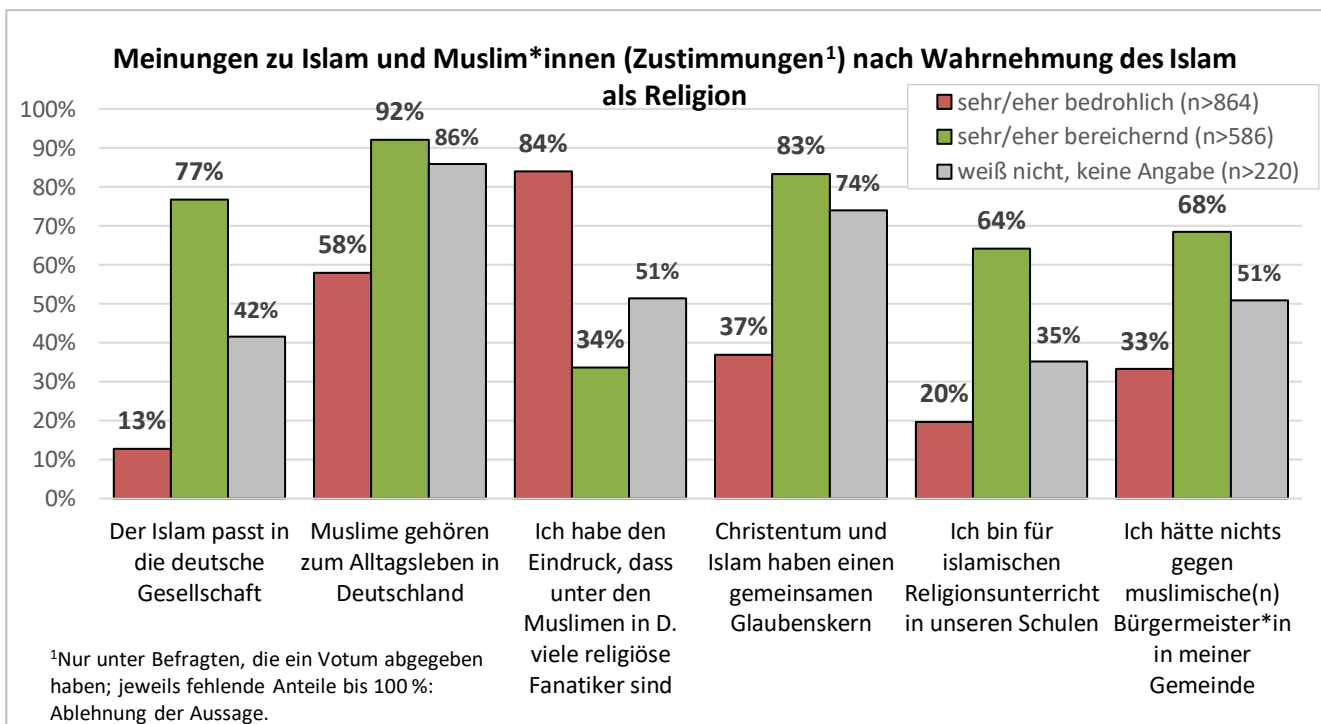


Abbildung 9

2 Kontakte

Die persönlichen Kontakte zu Muslim*innen wurden nach vier unterschiedlichen Bereichen differenziert: privater Bereich, Arbeits-/Berufsleben, soziales bzw. gesellschaftliches Leben (z. B. sportliche, kulturelle, politische Aktivitäten) sowie Einkäufe und Dienstleistungen (auch Reparaturen in der Wohnung/am Haus). Ausgangspunkt dafür war die Vermutung, dass der direkte Kontakt zu Muslim*innen je nach Bereich variiert.

Am häufigsten wird – zunächst durchaus überraschend – der Kontakt im privaten Bereich genannt (35 %), wenn auch

mit nur geringem Abstand zum Arbeits-/Berufsleben (34 %). Erst danach folgt der Bereich Einkäufe/Dienstleistungen (32 %). Mit 24 % steht schließlich der Kontakt im sozialen bzw. gesellschaftlichen Leben mit deutlichem Abstand hinter dem der anderen Bereiche zurück. Insgesamt hat mit fast drei Vierteln (73 %) die große Mehrheit der Befragten in dem einen oder anderen Bereich Kontakt (Abb. 10).

Beim genaueren Blick zeigt sich, dass der Wert für den privaten Kontakt in der Hauptsache durch die Angaben der Jüngsten, der 14- bis 19-Jährigen zustande kommt: Unter ihnen liegt der entsprechende Anteil bei sogar 69 %, womit sie eine Ausnahme darstellen. Dazu wird nicht zuletzt der für viele

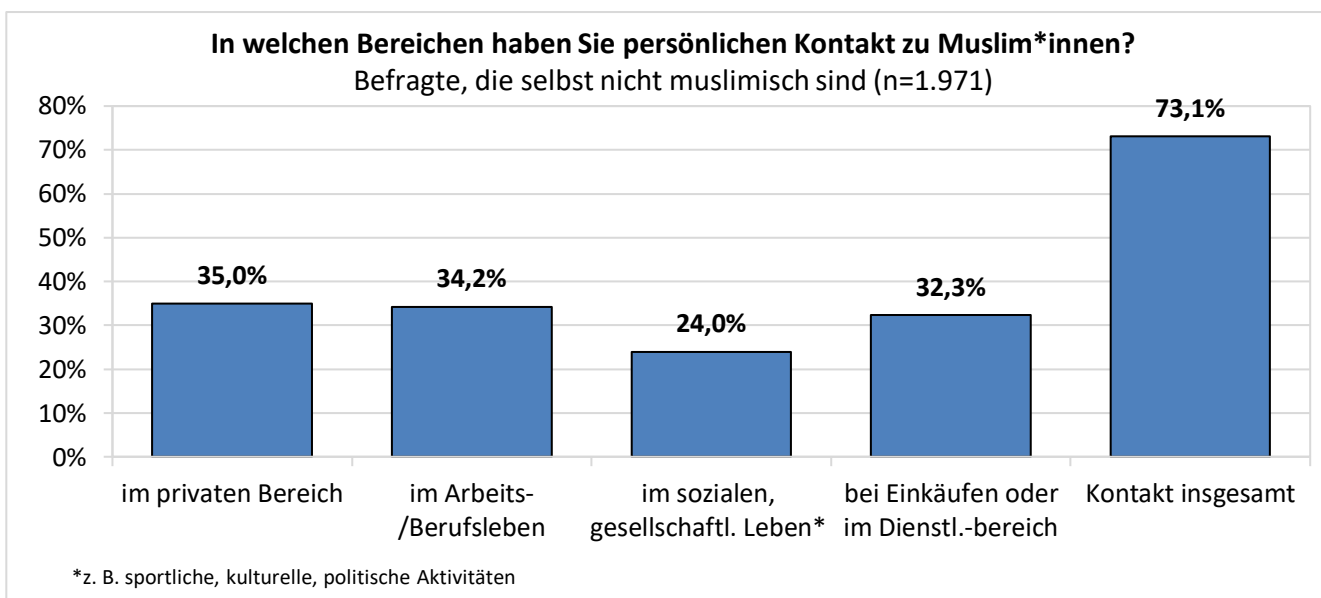


Abbildung 10

alltägliche Umgang mit Muslim*innen in der Schule beitragen, die damit eine in ihrer Wirkung nicht zu unterschätzende Kontaktfläche bietet (vgl. auch Erläuterungen zu Abb. 3).

Bei den 20- bis 40-Jährigen rückt der Kontakt im Arbeits-/Berufsleben an die erste Stelle (43 %). Bei den mindestens 60-Jährigen, die sich überwiegend im Renten- beziehungsweise Pensionsalter befinden, liegt er dementsprechend erst an dritter Stelle. (Abb. 11)

beim Kontakt im privaten Bereich mit 15 Prozentpunkten, während die Anteile bei Einkäufen/im Dienstleistungsbereich einander weitgehend entsprechen.

Zwar werden die Unterschiede zwischen West und Ost insgesamt gesehen vor allem dem im östlichen Bundesgebiet sehr viel kleineren Anteil von Muslim*innen und den damit ebenfalls geringeren Kontaktmöglichkeiten geschuldet sein.¹⁷ Die in unserer Befragung deutlich variierenden Abweichungen

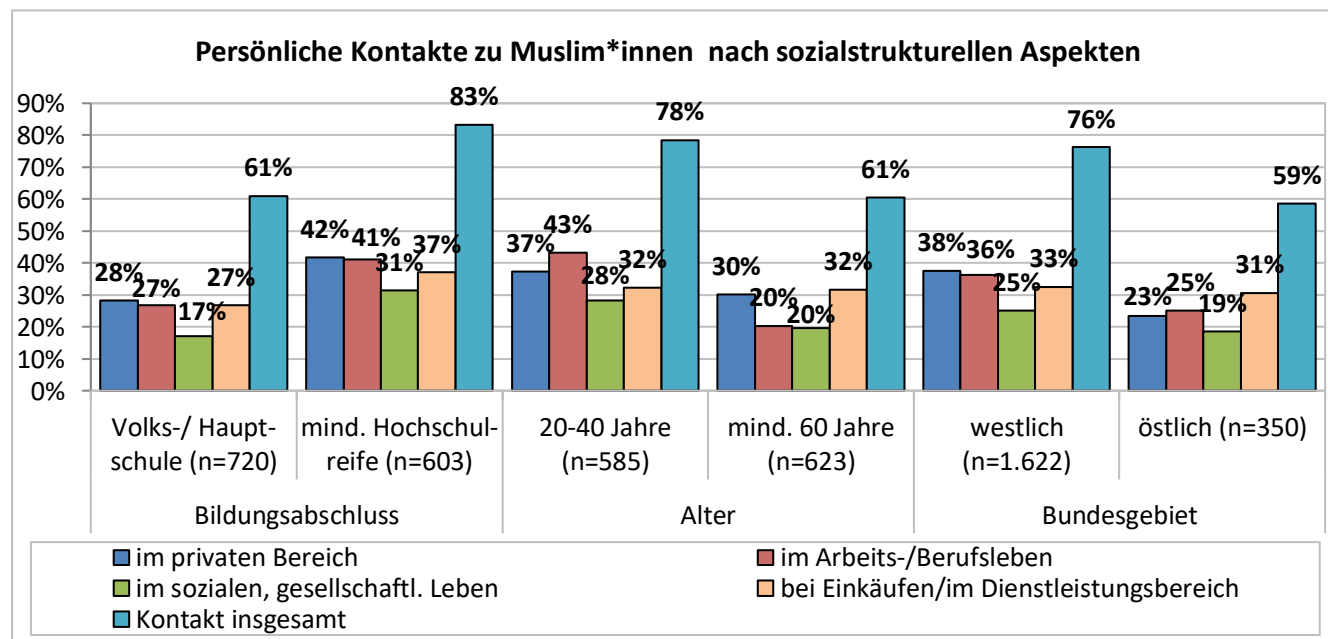


Abbildung 11

Mit diesen Ergebnissen kommt dem Alter als Indikator für unterschiedliche Lebensphasen eine beachtliche Relevanz für die Ausbildung von Kontakten zu. Die Ausstrahlung des Kontaktes im Arbeitsleben auf andere Bereiche bleibt jedoch begrenzt: In den anderen Kontaktbereichen weichen die Anteile der Erwerbstätigen nur wenig von den Durchschnittswerten ab.

Der stärkste Effekt bildet sich – einmal mehr – unter Berücksichtigung des Bildungsstandes ab. Volks-/Hauptschulabsolvent*innen haben insgesamt zu 61 % Kontakt; Befragte, die zumindest die Hochschulreife erlangt haben, zu mehr als vier Fünfteln (83 %). Ihr Kontakt fällt in allen vier Bereichen weit aus stärker aus, als der der formal eher gering Gebildeten.

Außerdem bringt die Differenzierung nach Bundesgebiet bemerkenswerte Unterschiede hervor. Zwar hat auch im Osten eine Mehrheit (59 %) persönlichen Kontakt zu Muslim*innen. Doch ist diese bei weitem nicht groß wie im Westen (76 %). Besonders ausgeprägt ist der Abstand der Werte

in den jeweiligen Kontaktbereichen weisen aber darüber hinaus; denn es ist der private Bereich, in dem sich die größte Spreizung der Werte zwischen West und Ost abbildet.

Der Kontakt im sozialen, gesellschaftlichen Leben steht – durchgehend – an letzter Stelle: Begegnungen mit Muslim*innen finden bei zivilgesellschaftlichen Aktivitäten erheblich seltener als in den anderen Bereichen statt. Ein wichtiger Grund dafür liegt in der geringeren gesellschaftlichen Teilhabe von Muslim*innen. Sie wird vor allem mit der schlechteren Vernetzung (muslimischer Vereine) in die zivilgesellschaftliche Infrastruktur und auf individueller Ebene unter anderem mit mangelnden Deutschkenntnissen erklärt.¹⁸

¹⁷ Eine genaue Zahl der Muslim*innen in Deutschland lässt sich kaum ermitteln. Die Schätzungen bewegen sich zwischen etwa 4 und 6 %. Das Bundesamt für Migration schätzt, dass der Anteil Ende 2015 zwischen 5,4 und 5,7 % lag (vgl. Stichs [2016], 5), ohne nach westlichem und östlichen Bundesgebiet zu differenzieren. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) ermittelt aus dem Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) für 2016 4,3 % Muslim*innen in der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland; zwischen 5,0 und 5,1 % in Westdeutschland, zwischen 0,8 und 1,2 % in Ostdeutschland (vgl. DIW, 2018).

¹⁸ Vgl. Vogel/Hameister (2016), 239f.

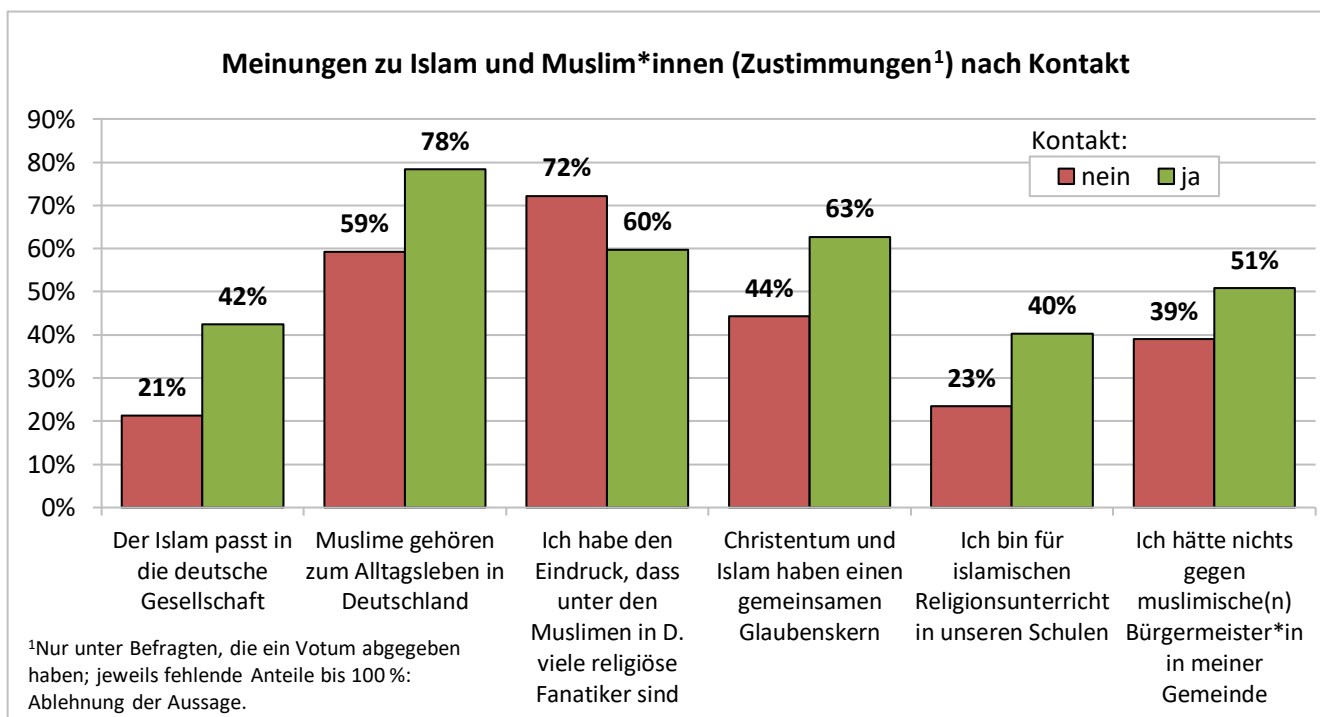


Abbildung 12

Nach Ergebnissen des Freiwilligensurveys (FWS) 2014 sind Muslim*innen – immerhin – zur Hälfte in der einen oder anderen Weise in öffentliche gemeinschaftliche Aktivitäten eingebunden, 21 % sind freiwillig engagiert. Doch bleiben sie damit weit unter den Durchschnittswerten für alle Befragten: 67 % zivilgesellschaftlich Aktive, 40 % freiwillig Engagierte.¹⁹

Dabei hat der Kontakt im sozialen, gesellschaftlichen Leben eine erheblich stärkere Ausstrahlung als der im Arbeits-/Berufsleben oder bei Einkäufen und Dienstleistungen: So steigt, wenn er bejaht wird, der Kontakt im privaten Bereich von 35 % bei allen Befragten auf 47 %. Die Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe von Muslim*innen ist demnach ein wichtiger Ansatzpunkt zur Intensivierung der persönlichen Beziehungen im privaten Umfeld.

Kontakthypothese: Sind die Meinungen zu Islam und Muslim*innen bei persönlichem Kontakt positiver?

Nach gängiger Argumentation wird zwischen der Wahrnehmung persönlich bekannter Personen muslimischer Herkunft und der generalisierenden Bewertung von Islam und Muslim*innen getrennt, nach der Formel: Auch wenn die Erfahrungen im individuellen Umgang positiv ausfallen, kann ein negatives Klischee über ein „Ja, aber ...“ erhalten bleiben. Mit der in vielen Untersuchungen belegten Rich-

tigkeit der Kontakthypothese verbessert der persönliche Umgang mit Muslim*innen aber auch die allgemeine Akzeptanz von Islam und Muslim*innen in Deutschland. In unserer Befragung hat sich Entsprechendes bereits bei den 14- bis 19-Jährigen abgezeichnet (vgl. Erläuterungen zu Abb. 3 und vorigen Punkt).

Auch in den Gesamtwerten der Meinungen zu Islam und Muslim*innen schlägt sich dieser Effekt deutlich nieder (Abb. 12): Befragte mit persönlichem Kontakt bejahen die positiv konnotierten Statements viel häufiger. Für die Akzeptanz des Islam in der deutschen Gesellschaft ist ihr Anteil sogar doppelt so hoch wie bei den Befragten ohne Kontakt. Gleichwohl bleibt es auch in diesem Fall immer noch eine Minderheit, die den Islam akzeptiert – Entsprechendes gilt für den islamischen Religionsunterricht.

Für die Befragten mit Kontakt im privaten Bereich liegen die Anteile der positiven Voten zu Islam und Muslim*innen durchgehend noch etwas höher, bis zu 7 Prozentpunkten bei der Akzeptanz des Islam. Unter ihnen spricht sich also schon knapp die Hälfte für die Zugehörigkeit des Islam zur deutschen Gesellschaft aus.

¹⁹ Berechnet mit dem Datensatz des FWS 2014. Die Prozentwerte weichen von den im Hauptbericht des FWS 2014 genannten (BMFSFJ [Hrsg. 2016], 15, 16, 240) ab, da für die Gewichtung der Daten auch der Bildungsstand berücksichtigt wurde. Gleiches gilt in Bezug auf die Sonderauswertung des FWS 2014 durch das SI (Sinnemann [2017], u.a. 10, 28), in der die Vergleichbarkeit der Ergebnisse gewährleistet werden sollte.

Ganz ähnlich gestaltet sich das Bild, wenn es um die Wahrnehmung des Islam als Religion geht (Abb. 13): 38 % der Befragten mit Kontakt nehmen ihn als bereichernd wahr und damit mehr als doppelt so häufig wie Befragte ohne Kontakt (18 %). Dennoch überwiegt auch unter ihnen immer noch der Eindruck des Bedrohlichen (49 %).

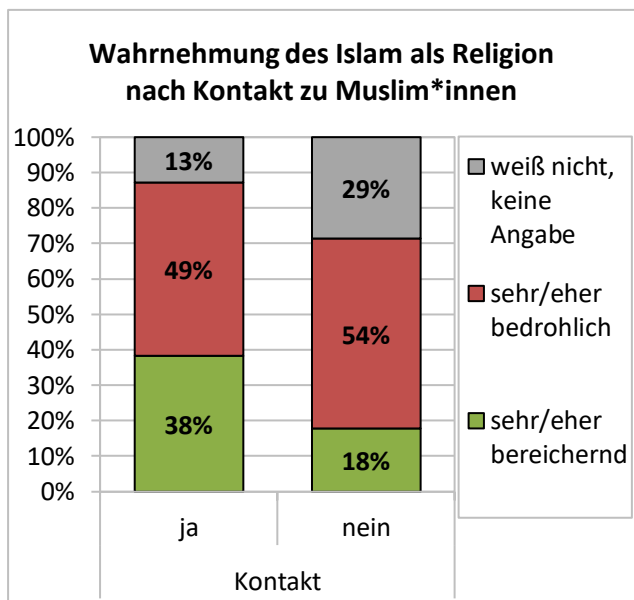


Abbildung 13

Die Ergebnisse dokumentieren eindrücklich den hohen Stellenwert des direkten Kontaktes zwischen muslimischer und nicht-muslimischer Bevölkerung, wenn ein Abbau von Ressentiments beziehungsweise Ängsten erreicht werden soll. Zugleich wird allerdings auch deutlich, dass dies allein zum derzeitigen Stand nicht ausreicht, den Islam selbst als

einen Bestandteil der pluralen Gesellschaft wahrzunehmen. Dabei wird es kaum weiterhelfen, alle Vorbehalte in der Bevölkerung einfach unter der Rubrik „Vorurteil“ zu verbuchen. Vielmehr braucht es eine allgemeine Akzeptanz der pluralen Gesellschaft selbst, auf allen Seiten. Dafür ist nicht zuletzt eine Stärkung des Vertrauens notwendig, ohne das eine wechselseitige Anerkennung kaum möglich ist (vgl. dazu auch Kap. 4).

3 Erwartungen zum christlich-islamischen Dialog der evangelischen Kirche

Fast zwei Drittel der Bevölkerung (63,4 %) wünschen sich, dass die evangelische Kirche den Dialog mit Vertreter*innen des Islam zumindest wie bisher fortführt, ein Viertel spricht sich sogar für eine Verstärkung aus (Abb.14). In diesem klaren Mehrheitsvotum scheint die hohe Bedeutung auf, die der damit verbundenen Chance zu einer Verbesserung der gegenseitigen Verständigung beigemessen wird (siehe auch nächster Punkt).

Die Evangelischen äußern diese Erwartung am häufigsten (69,3%), wobei fast die Hälfte für eine Beibehaltung des bisherigen Dialogs votiert. Die Konfessionslosen äußern sich im Vergleich zu Kirchengehörigen erheblich zurückhaltender, wünschen sich aber ebenfalls mehrheitlich zumindest eine Beibehaltung auf bisherigem Niveau (58,3). Mit 27 % liegt der Anteil unter ihnen, der sich sogar für eine Verstärkung des Dialogs ausspricht, noch über dem der Kirchengehörigen.

Unbeschadet des insgesamt großen Rückhalts für den christlich-islamischen Dialog der Kirche in der Bevölkerung: Dieser ist nicht unabhängig von den eigenen Wahrnehmungen zu Islam und Muslim*innen. Denn er steigt mit höherem

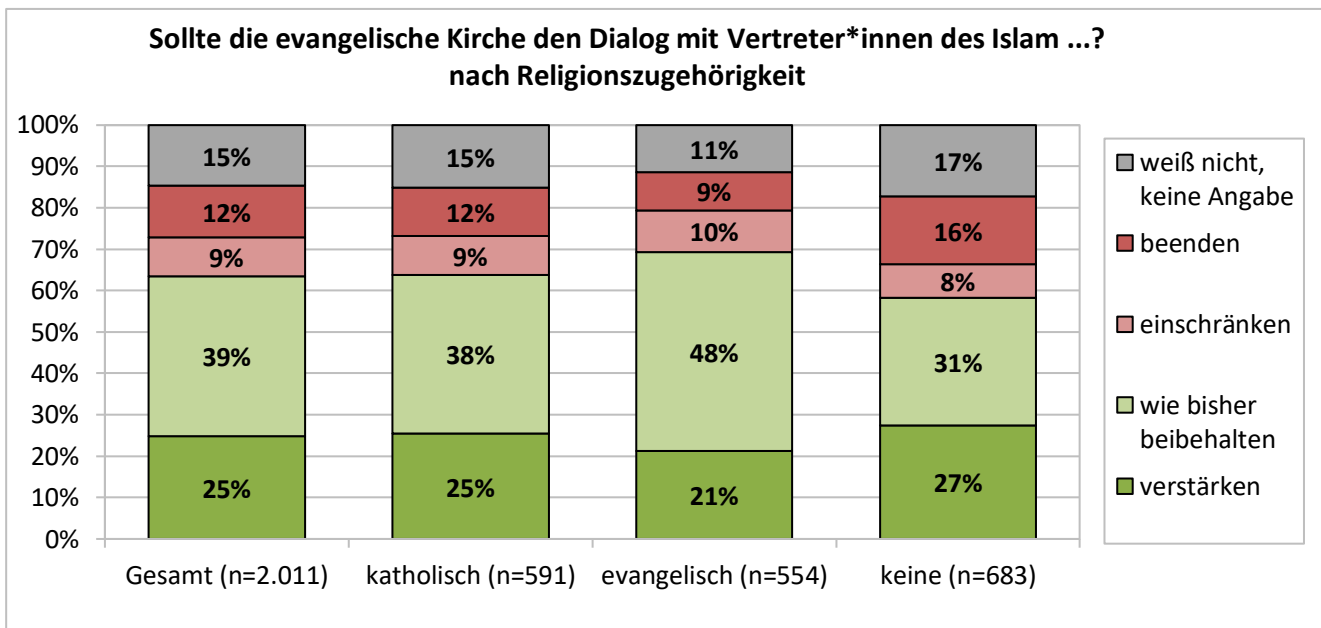


Abbildung 14

subjektiven Stellenwert der gesellschaftlichen Diskussion zu Islam und Muslim*innen – das Gleiche gilt in umgekehrter Richtung.²⁰ Und diejenigen, die sich gegen die positiv konnotierten Meinungen zu Islam und Muslim*innen wenden, sind auch zurückhaltender, wenn es um die Unterstützung des Dialogs geht. Doch selbst dann bleibt die positive Sicht auf den Dialog häufiger als die negative: mit 44 % unter denen, die keinen gemeinsamen Glaubens Kern von Christentum und Islam sehen, über 52 % bei den Gegnern des islamischen Religionsunterrichts an deutschen Schulen bis zu 54 % unter denen, die sich keine/n muslimische/n Bürgermeister*in vorstellen können. In dieser Sicht wird Dialog offenbar auch im Sinne einer Auseinandersetzung verstanden. Ausschließlich die Minderheit der Befragten, für die Muslim*innen nicht zum Alltagsleben gehören, spricht sich überwiegend für eine Einschränkung (17 %) oder gar Beendigung des Dialogs (36 %) aus.

Dialogziele

In der Bevölkerung stehen nicht die explizit religionsbezogenen Ziele des christlich-islamischen Dialogs der evangelischen Kirche an erster Stelle, sondern das Engagement für den gesellschaftlichen Zusammenhalt (67 %), und das mit großem Abstand (Abb. 15). Auf die Anerkennung der Regeln für das gesellschaftliche Zusammenleben in Deutschland sollte er für 61 % der Befragten zielen.

Beides gehört für die Befragten durchaus zusammen: Diejenigen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt als Dialogziel sehen, verbinden dies zu 69 % mit der Anerkennung der hierzulande geltenden Regeln. In der umgekehrten Perspektive votieren sogar 76 % für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Erst danach folgt ein besseres Verständnis des muslimischen Glaubens (54 %) – also ebenfalls noch mehrheitlich – und schließlich die Anerkennung des christlichen Glaubens (47 %). Auch diese Ziele stehen für die Befragten nicht gegeneinander: Diejenigen, die letztere gestärkt sehen wollen, votieren mit 65 % zugleich weit überdurchschnittlich für ein besseres Verständnis des muslimischen Glaubens als Dialogziel.

Unter Berücksichtigung der Konfessionszugehörigkeit bilden sich nur für die religionsbezogenen Ziele erkennbare Abweichungen ab: Katholische votieren häufiger für das bessere Verständnis des muslimischen Glaubens (62 %) als Evangelische (52 %). Die Konfessionslosen äußern sich dazu (48 %) und insbesondere bei der Anerkennung des christlichen Glaubens (39 %) – erwartungsgemäß – zurückhaltender als die Kirchenmitglieder (50 %/52 %), was mit ihrer generell eher kritischen Haltung zu religiösen Orientierungen erklärt werden kann.

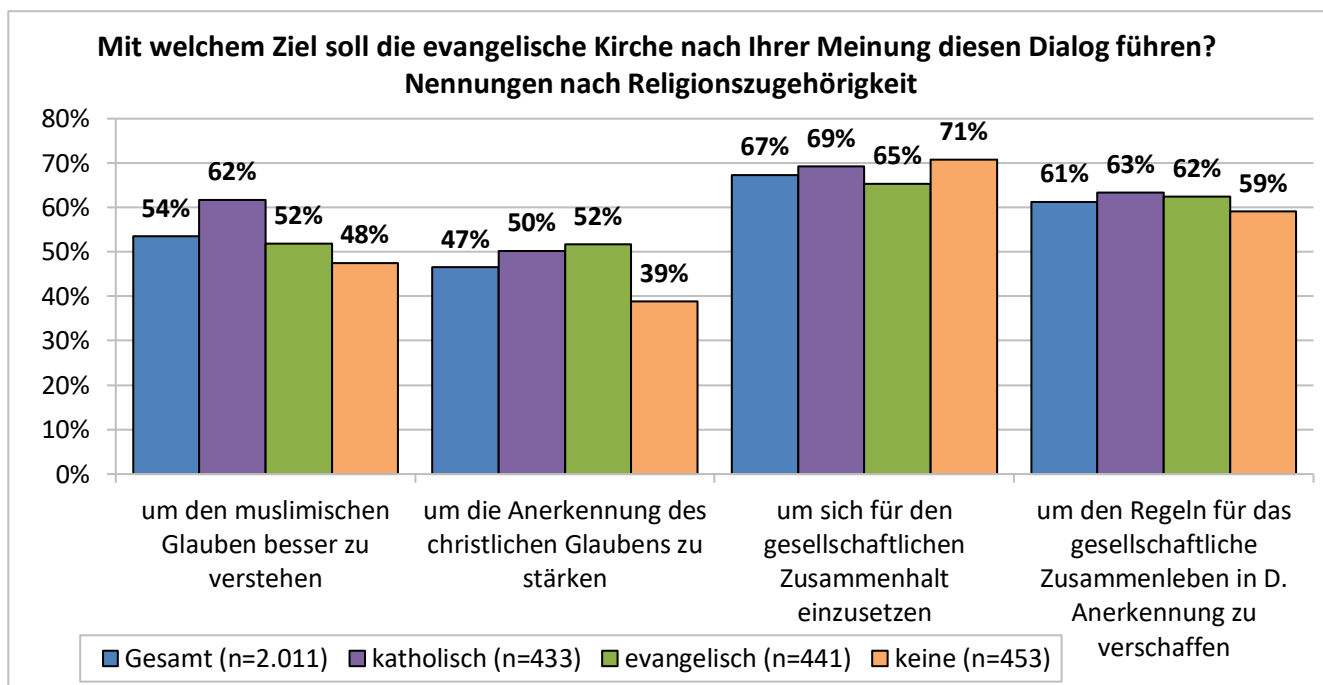


Abbildung 15

20 Korrelation (Kendall-Tau-b): r=0,116 (p=0,000).

Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist aber für alle gleichermaßen das erste Dialogziel und bei der nachfolgenden Anerkennung der Regeln des Zusammenlebens bilden sich praktisch keine Unterschiede ab. Damit wird der eingangs zierte Anspruch der evangelischen Kirche, über diesen Dialog konstruktiv in das gesellschaftliche Zusammenleben hineinzuwirken, in der Bevölkerung weit überwiegend goutiert.

Außerdem zeigt sich, dass die kirchliche Identifikation eine beachtliche Rolle für die Unterstützung der Dialogziele spielt. So sprechen sich Evangelische, die sich sehr oder ziemlich mit ihrer Kirche verbunden fühlen, noch erheblich häufiger für die verschiedenen Ziele aus als die kaum oder gar nicht Verbundenen, und zwar in der gleichen Reihenfolge: Der gesellschaftliche Zusammenhalt steht auch bei ihnen an erster Stelle, mit einer Mehrheit von drei Vierteln im Vergleich zu 58 % der kaum oder gar nicht Verbundenen. Bei der Anerkennung der Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens in Deutschland (66 %) lässt sich demgegenüber kein Unterschied zu den kaum oder gar nicht kirchlich Identifizierten (67 %) erkennen.²¹

Dialogthemen

Die gewünschten Dialogthemen scheinen den Dialogzielen zu korrespondieren (Abb. 16). Hier sind es die sozialen Fragen (64 %), die mit großem Abstand an erster Stelle stehen, bei Kirchenmitgliedern und Konfessionslosen. Tatsächlich steigt

der Anteil der Nennungen dazu noch beachtlich, wenn der gesellschaftliche Zusammenhalt als Dialogziel angegeben wird, auf insgesamt 82 %.

Nur eine Minderheit sieht das Gespräch über religiöse Fragen als vorrangig an, auch wenn diese bei den Kirchenmitgliedern (45 %/47 %) erheblich größer als bei den Konfessionslosen (34 %) ist. Der Bezug zum Dialogziel des gesellschaftlichen Zusammenhalts wird hier erheblich seltener hergestellt. Unter dessen Berücksichtigung steigt der Anteil der Nennungen bei religiösen Fragen unter den Kirchenmitgliedern gerade einmal um 4 beziehungsweise 5, bei den Konfessionslosen um immerhin knapp 9 Prozentpunkte.

Am geringsten fällt der Zuspruch zur Behandlung politischer Fragen aus. Zwar ist hier der Bezug zum Dialogziel des gesellschaftlichen Zusammenhalts wieder ein wenig stärker ausgeprägt: Bei dessen Nennung steigt das Interesse an politischen Fragen um insgesamt 8, bei Konfessionslosen sogar um 12 Prozentpunkte. Doch auch in diesem Fall steht das Interesse an politischen Fragen klar hinter den anderen Themen zurück. Es ist nicht auszuschließen, dass in diesem Zusammenhang die auffallende Zurückhaltung zum Zuge kommt, die sich generell bei den Erwartungen an die Kirche zeigt, wenn es um ihren Einsatz im Feld der Politik geht: In den EKD-Erhebungen über Kirchenmitgliedschaft (KMU's) von 2002 und 2012 steht die Aussage, dass „die Kirche sich

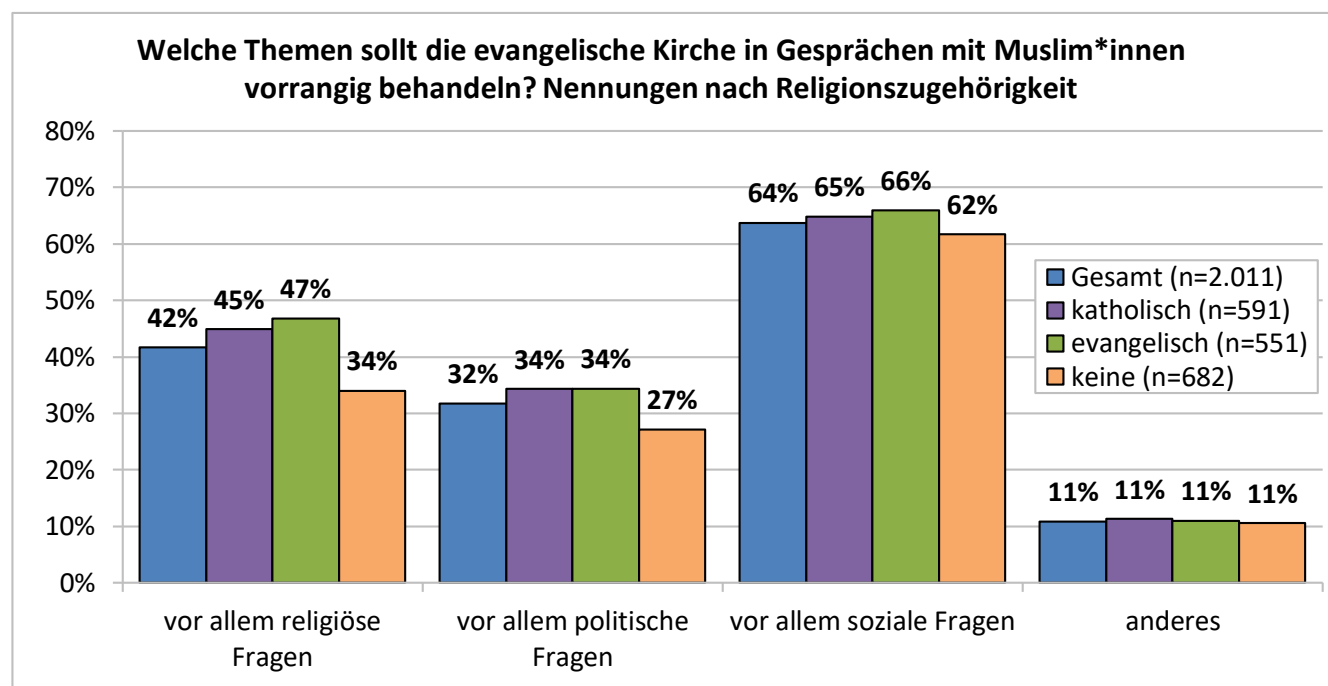


Abbildung 16

²¹ In unserer Befragung fühlen sich 30 % der Evangelischen ziemlich oder sehr mit ihrer Kirche verbunden, 33 % etwas und 36 % kaum oder gar nicht verbunden. Erstmals lässt sich in dieser Hinsicht keine Abweichung zu den Katholischen feststellen, für die bisher eine stärkere kirchliche Identifikation ermittelt wurde.

zu politischen Grundsatzfragen äußern sollte“ jeweils an letzter Stelle unter 14 beziehungsweise 10 verschiedenen Erwartungen, bei Evangelischen wie Konfessionslosen.²²

Festzuhalten bleibt, dass sowohl Kirchenmitgliedern als auch Konfessionslosen in erster Linie an der Behandlung sozialer Fragen liegt. Sie scheint nach Sicht der Bevölkerung gewissermaßen der Schlüssel zu sein, wenn es um den Einsatz für den gesellschaftlichen Zusammenhalt geht.

Christ*innen und Muslim*innen: Die handlungspraktische Ebene

Die weit überwiegende Unterstützung, die der christlich-islamische Dialog der evangelischen Kirche in der Bevölkerung erfährt, ist in den bisherigen Ergebnissen bereits deutlich geworden. Aber wie steht es um die Einschätzungen, wenn es um die handlungspraktische Ebene der direkten Beziehungen (vor Ort) geht? Dem wurde mit Fragen zum solidarischen Einsatz von Christ*innen für Muslim*innen sowie dem direkten Zusammenwirken im Arbeitsfeld der Sozialisationsagentur „Kindertagesstätten“ (Kitas) und in der religiösen Praxis (Gebet) nachgegangen.

Angesichts der großen Vorbehalte gegen islamischen Religionsunterricht an deutschen Schulen (vgl. Abb. 1) überrascht es zunächst, dass der Zuspruch zur Zusammenarbeit in Kitas mit drei Vierteln geradezu überragend ausfällt. Womöglich spielt hier – wie bei den Meinungen zu Islam und Muslim*innen – die Unterscheidung zwischen der Verankerung des Islam und der Akzeptanz der muslimischen Menschen in der deutschen Gesellschaft eine Rolle (Abb. 17).

Durchaus passend dazu erreicht die Solidarisierung von Christ*innen mit Muslim*innen, deren Einrichtungen angegriffen werden, fast ebenso hohe positive Resonanz. Zugleich dokumentiert sich in diesem Ergebnis eine klare Positionierung der meisten Befragten gegen die zumeist rechtsextremistisch motivierten Anschläge auf muslimische Einrichtungen.

Selbst das gemeinsame Beten wird mehrheitlich befürwortet (52 %). Zu diesem Ergebnis werden vor allem diejenigen beitragen, die auch einen gemeinsamen Glaubenskern von Christentum und Islam wahrnehmen (vgl. auch Abb. 1): Sie sprechen sich zu 69 % für das gemeinsame Gebet aus im Vergleich zu 31 % unter denen, die keinen gemeinsamen Glaubenskern sehen.

Der Einsatz von Christ*innen für den Bau einer Moschee wird jedoch insgesamt überwiegend kritisch betrachtet. Nur ein gutes Drittel würde einen solchen befürworten. Es liegt gewissermaßen auf der Hand, dass sich in der Sicht zum Moscheebau auch die Meinung zur Verankerung des Islam in der deutschen Gesellschaft ausdrückt. Dementsprechend stimmen deren Befürworter*innen zu 68 % auch dem Einsatz von Christ*innen für den Moscheebau zu, im Vergleich zu lediglich 14 % in der Mehrheit der Gegner*innen. Ähnlich große Diskrepanzen zeigen sich, wenn nach Unterstützung und Ablehnung des islamischen Religionsunterrichts an deutschen Schulen differenziert wird mit 66 % im Vergleich zu 16 %.

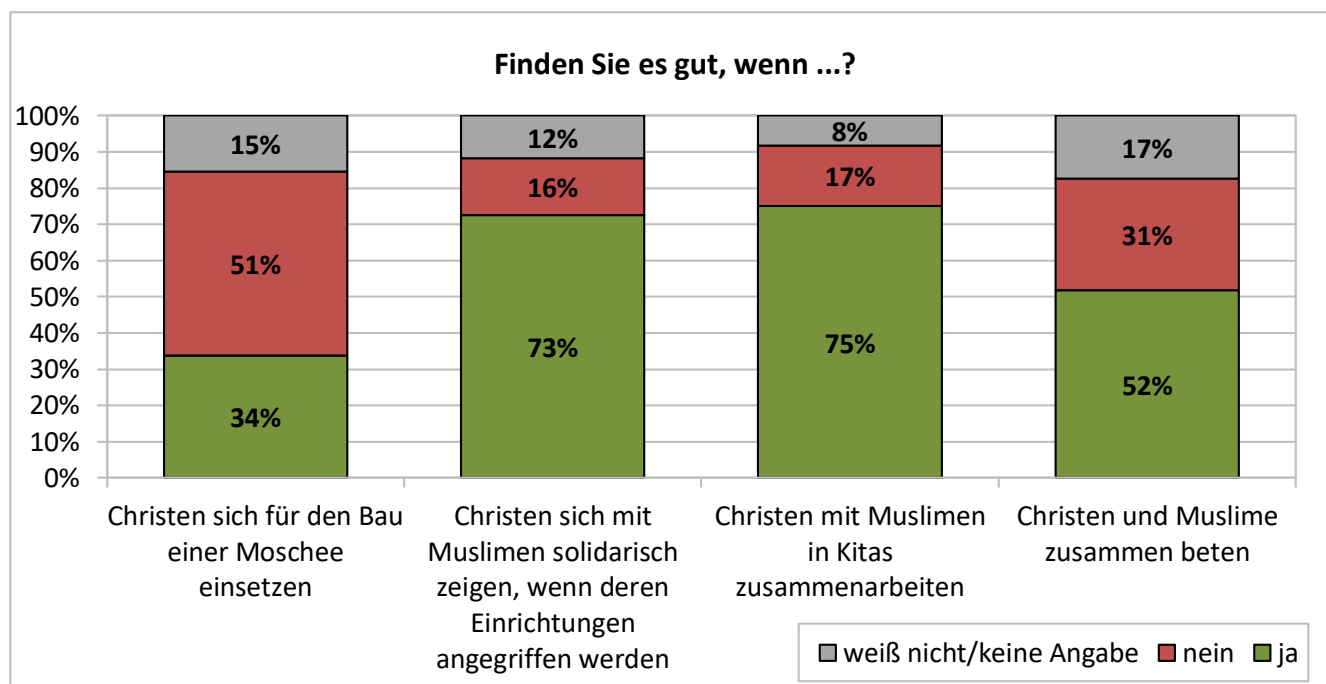


Abbildung 17

22 Vgl. Huber et al. (2006), 457; vgl. Bedford-Strohm et al. (2015), 474.

Kirchenmitglieder und Konfessionslose sind sich in ihrem eher geringen Zuspruch zum Einsatz für den Moscheebau praktisch einig. Etwas anders stellt sich das Ergebnis bei den anderen Vorgaben dar: Zwar überwiegen auch bei den Konfessionslosen die jeweiligen positiven Voten deutlich. Doch fallen sie durchgehend niedriger als bei den Kirchenmitgliedern aus. Zum Teil hat dies mit ihrer größeren Unsicherheit oder auch Zurückhaltung zu tun, das direkte Handeln von Christ*innen für und mit Muslim*innen zu beurteilen. Bei den Konfessionslosen reichen die Anteile fehlender Angaben von 14 % beim solidarischen Einsatz von Christen im Fall eines Angriffs muslimischer Einrichtungen bis hin zu 22 % beim gemeinsamen Gebet.

Schließlich bildet sich auch eine Abweichung zwischen den Zugehörigen der beiden großen Konfessionen ab: Katholische sprechen sich noch häufiger für ein gemeinsames Gebet mit Muslim*innen aus (59 %) als Evangelische (52 %). Ein ähnliches Ergebnis zeigte sich bereits bei dem besseren Verständnis des muslimischen Glaubens als Dialogziel. Auch wenn die Differenz eher moderat ausfällt, scheint sie doch auf eine etwas größere religiöse Offenheit unter Katholischen hinzudeuten.

4 Stärkung des wechselseitigen Vertrauens

Mit der Frage nach den Möglichkeiten, das gegenseitige Vertrauen im Zusammenleben mit Muslim*innen zu stärken, wurde die aktuelle Diskussion zum gesellschaftlichen Zusammenhalt aufgenommen, für die nicht zuletzt die von vielen beobachtete Polarisierung der Bevölkerung in Bezug auf die Zugehörigkeit von Islam und Muslim*innen zu Deutschland ausschlaggebend ist.²³

Immerhin 28 % haben von sich aus in offenen Antworten – mehr oder weniger – konkrete Vorschläge für eine Vertrauensstärkung unterbreitet (Abb. 18). Addiert man sie zum hohen Anteil der Befragten (42 %), für die entsprechende Vorschläge oder Maßnahmen von hoher Bedeutung sind, ohne selbst bereits mit Ideen aufwarten zu können, so ergibt sich ein überaus klares Mehrheitsvotum (71 %) für die Verbesserung der wechselseitigen Beziehungen beziehungsweise gegen eine Abgrenzung.

Mit 19 % sieht allerdings ein beachtlicher Teil der Befragten keine Möglichkeiten, die in diese Richtung weisen. Unter ihnen dominiert nicht nur die Ablehnung des Islam in der deutschen Gesellschaft mit 92 %. Darüber hinaus überwiegt auch klar die Verneinung einer Zugehörigkeit von Muslim*innen zum Alltagsleben (62 %): Hier scheint die gewünschte Ab- oder Ausgrenzung in eine Positionierung zu münden, die sich geradezu dagegen wendet, mögliche positive Entwicklungen der Beziehungen zu befördern.

Vertrauensstärkung kaum möglich: Sozialstrukturelle Unterschiede

Die Differenzierung nach soziodemografischen Merkmalen zeigt starke Abweichungen in der Verbreitung dieser Sichtweise (Abb. 19). Einmal mehr kommt ein klarer Bildungseffekt zum Tragen: Absolvent*innen der Hauptschule vertreten diese negative Position (28 %) im Vergleich zu denen der Hochschule (8 %) mehr als drei Mal so häufig. Auch die Höhe des Haushaltseinkommens spielt eine erhebliche Rolle, bei nur etwas geringeren Differenzen in gleicher Richtung. Zwar ist zu bedenken, dass es durchgehend nur eine Minderheit bleibt, die zu einer negativen Beurteilung kommt. Dennoch:

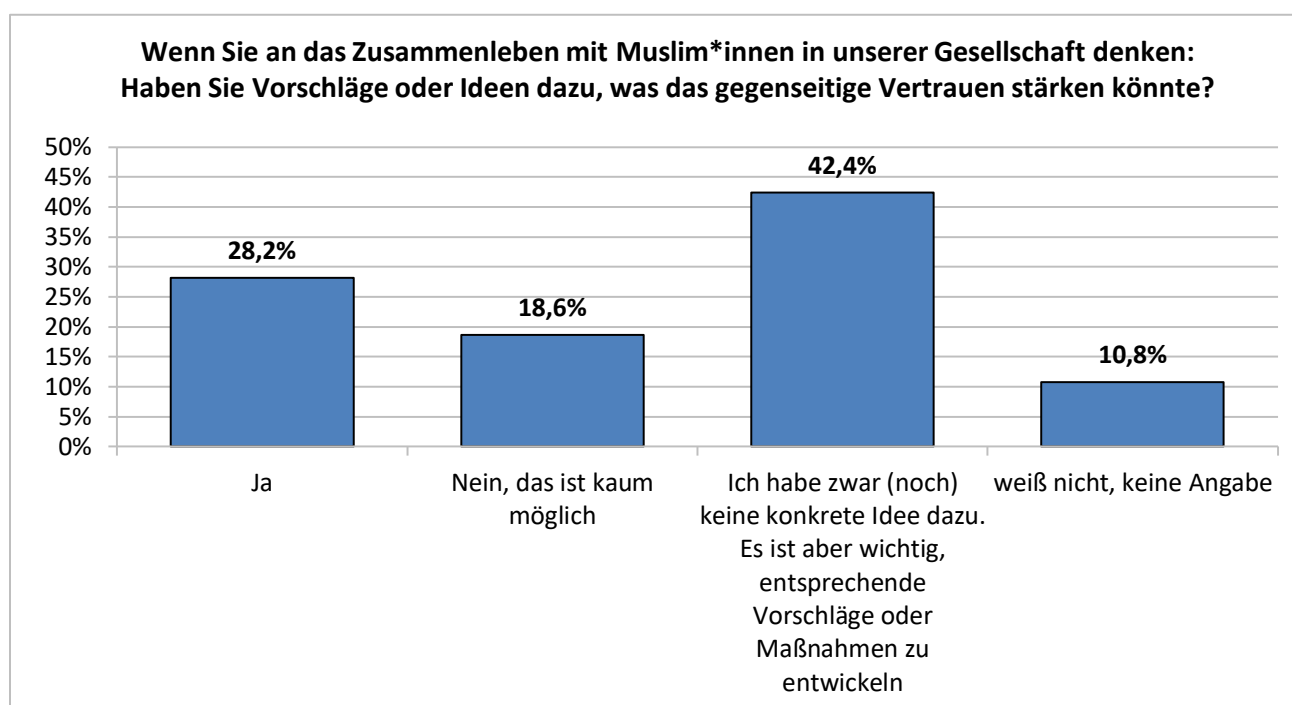


Abbildung 18

²³ Vgl. hierzu auch Köcher (2018), 1 ff.

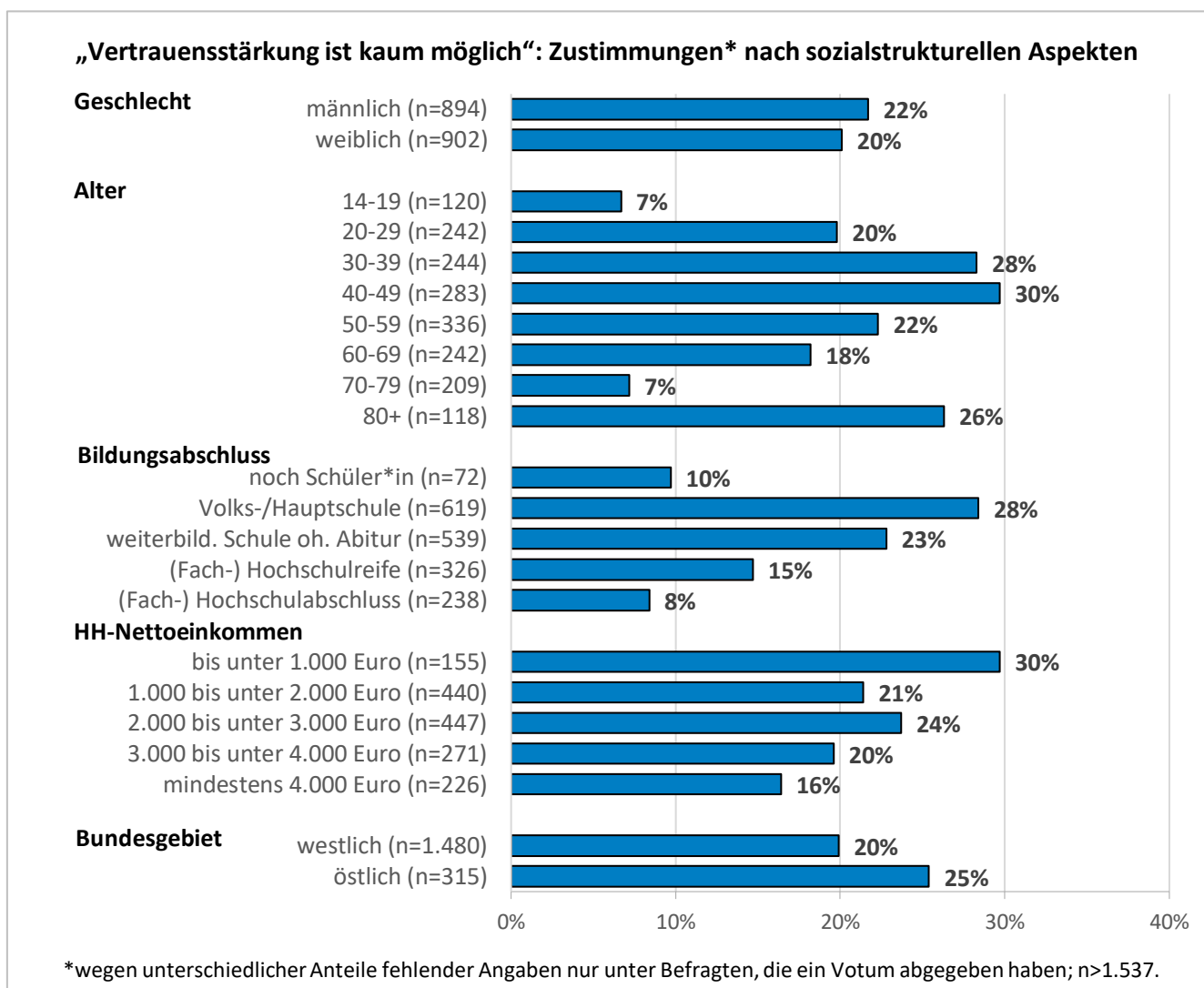


Abbildung 19

Der Rückhalt in der Bevölkerung für Maßnahmen zur Vertrauensstärkung ist damit nicht zuletzt eine Frage der sozialen Ungleichheit.

Wie schon bei der Akzeptanz des Islam in der deutschen Gesellschaft (vgl. Erläuterungen zu Abb. 3) äußern die Altersgruppen der 30- bis 49-Jährigen auch hier erheblich häufiger als alle anderen ihre Ablehnung (28 %/30 %). Mit lediglich 7 % liegt der entsprechende Anteil bei den Jüngsten, den 14- bis 19-Jährigen sowie bei den Schüler*innen (10 %), die vornehmlich dieser Altersgruppe zuzurechnen sind, demgegenüber besonders weit unter dem Durchschnittswert. Auch hier lassen sich deutliche Parallelen zur Akzeptanz des Islam erkennen. Ebenfalls auffallend niedrig ist der Anteil derer, die keine Möglichkeit zur Vertrauensstärkung sehen, unter den 70- bis 79-Jährigen. Dahinter wird sich ein Bildungseffekt

(s. o.) verbergen: Zwar sind unter ihnen die Hauptschulabsolventen mit 47 % sehr stark vertreten. Zugleich liegt aber der Anteil Hochschulabsolventen mit einem Viertel weit über dem Schnitt (12 %).

Vergleichsweise gering sind die Differenzen zwischen westlichem und östlichem Bundesgebiet, auch wenn sie noch knapp über der Nachweisgrenze liegen. Blickt man auf die Seite der Unterstützer*innen einer Stärkung des Vertrauens, so zeigt sich, dass die Abweichungen durch den größeren Anteil offener Angaben zu konkreten Ideen oder Vorschlägen im Westen zustande kommen (33 %/27 %); denn die hohe Bedeutung entsprechender Maßnahmen und Vorschläge findet in West und Ost gleichermaßen den größten Zuspruch (jeweils 48 %).

Vorschläge zur Vertrauensstärkung

Mit Abstand an der Spitze der – mehr oder auch weniger konkreten – offenen Nennungen²⁴ steht „Dialog, gegenseitiger Austausch, aufeinander zugehen; auch im Alltag“ (29 %). In die gleiche Richtung, auf eine beidseitige Annäherung hin, weist „gegenseitig: Respekt/Akzeptanz/Verständnis/Toleranz, mit 20 % an zweiter Stelle der Rangfolge. Schon in beträchtlichem Abstand folgen mit „gemeinsamen Aktivitäten“, Vorschläge für eine konkrete Umsetzung einer solchen Annäherung (10 %). Die „Aufklärung über die jeweils andere Religion“, die als eine wichtige Grundlage dafür betrachtet werden kann, wird fast genauso häufig genannt (9 %). „Mehr Offenheit/Ehrlichkeit“ (auf beiden Seiten)²⁵ nennen 7 %. Die Betonung dieser beidseitigen Bemühungen, über die eine Stärkung des Vertrauens erreicht werden soll, impliziert auch auf nicht muslimischer Seite Offenheit und ein Zugehen auf die ‚anderen‘. Diese besonders häufigen Äußerungen korrespondieren den Befragungsergebnissen zu den Zielen des christlich-islamischen Dialogs der evangelischen Kirche (Abb. 20).

Allerdings finden sich in den jeweils deutlich geringeren Anteilen der vielen weiteren Äußerungen überwiegend Erwartungen an die muslimische Seite, die ‚Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens in Deutschland‘ anzuerkennen beziehungsweise sich daran anzupassen. Dabei geht es um allgemeine Werte und Kultur, aber auch um Rechte wie die Gleichberechtigung der Frauen, um deutsche Sprache, Offenheit beziehungsweise Öffnung (keine Abschottung) für die Gesellschaft in Deutschland bis hin zu Verschleierungsverbot und Distanzierung von Hardlinern oder Extremisten. Auch die Forderung nach einer Ausreise oder Abschiebung aus Deutschland fehlt nicht (2 %), spielt aber insgesamt gesehen keine Rolle. Bedenkt man, dass sich die Frage (siehe Abb. 18) ausdrücklich auf die Stärkung des gegenseitigen Vertrauens bezog, ist der Anteil der Äußerungen, die sich letztlich auf die Gründe für das eigene Misstrauen beziehen, mit mehr als einem Fünftel (22 %) aller Nennungen beachtlich.

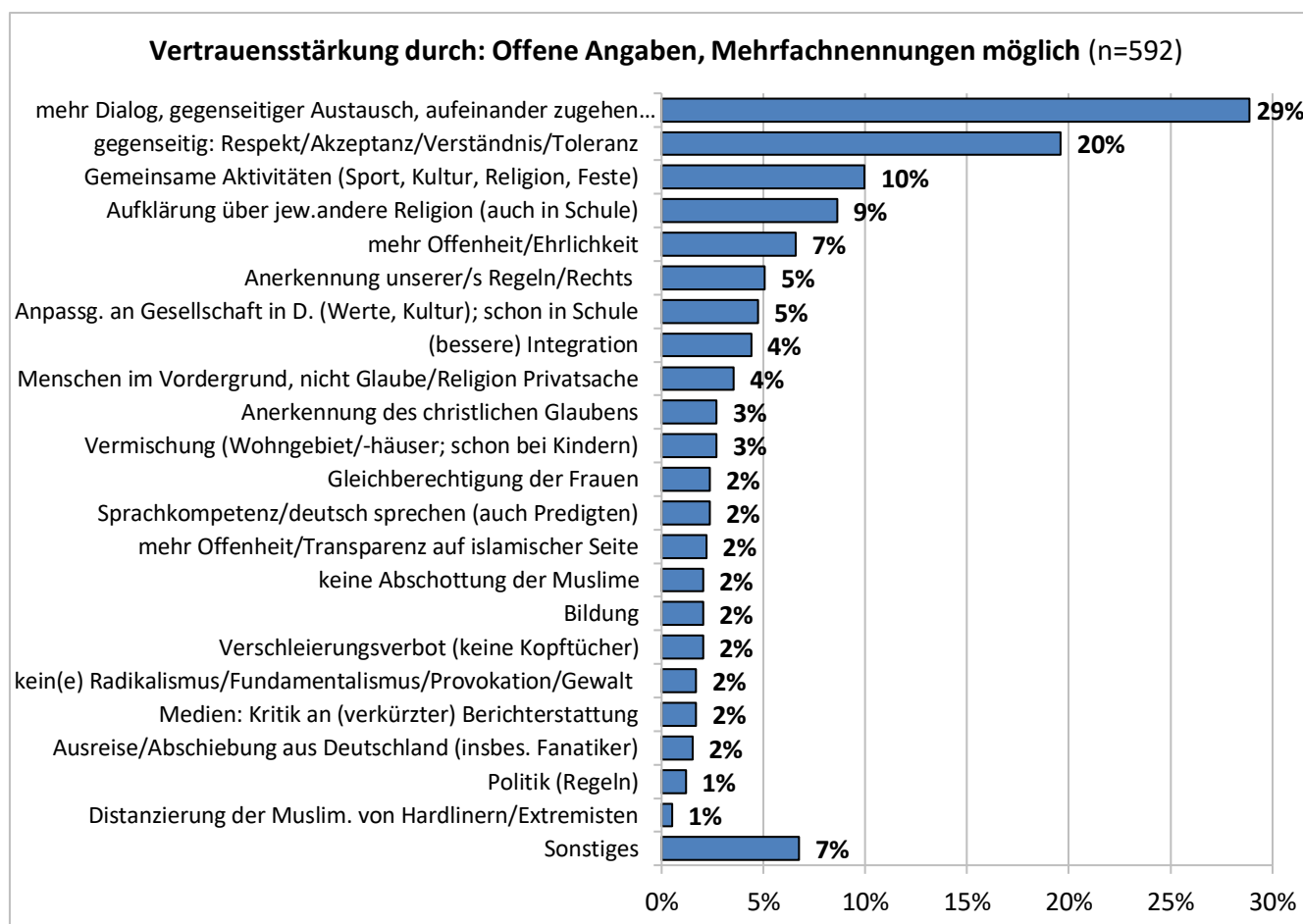


Abbildung 20

24 Die Kategorienbildung für die offenen Nennungen basiert auf einer inhaltlichen Zuordnung der O-Töne, ohne Einbindung in den Datensatz. Deshalb sind keine weiteren Auswertungen dazu möglich.

25 Hier als allgemeine Äußerung, die in der Kategorisierung von mehr „Offenheit/Transparenz auf islamischer Seite“ (2 %) unterschieden wurde.

5 Mehr Skepsis als Zuversicht: Die Sicht der Bevölkerung auf die Flüchtlingsaufnahme in Deutschland 2018

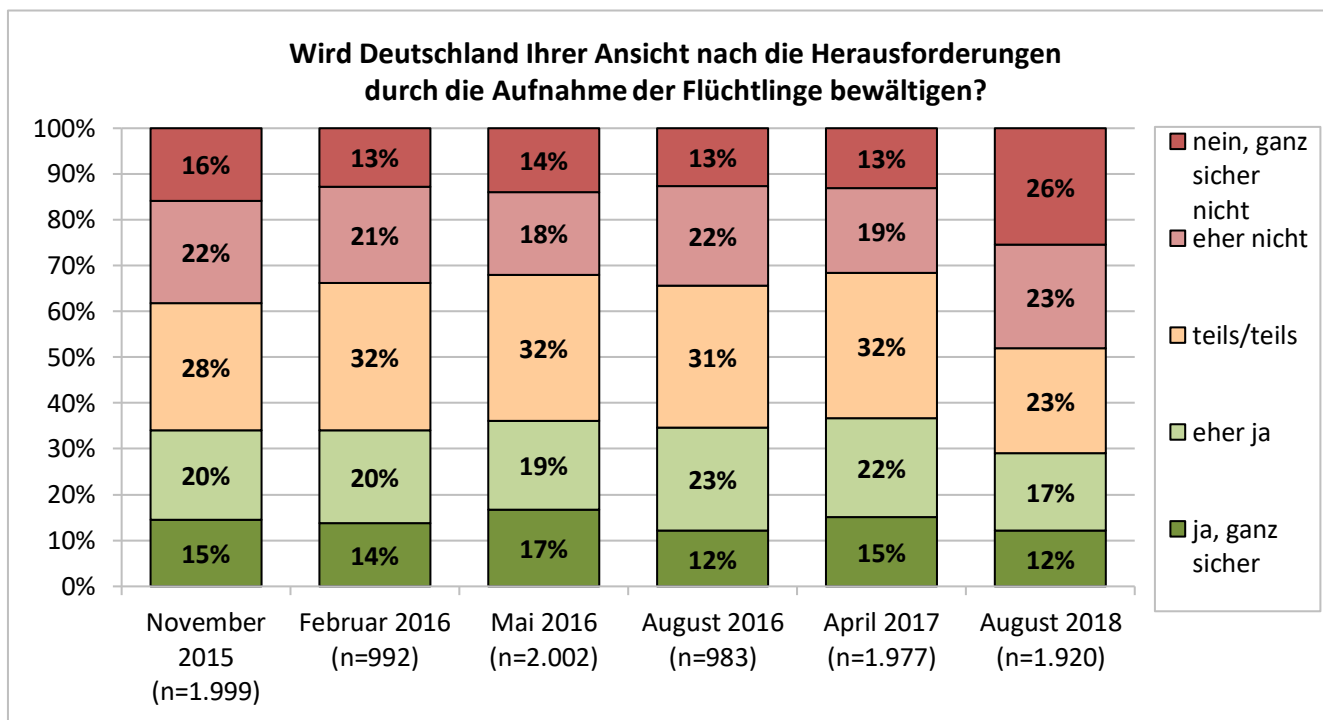


Abbildung 21

Zwischen 2015 und 2017 hat das SI in insgesamt fünf Befragungswellen die Sichtweisen der Bevölkerung zur Aufnahme geflüchteter Menschen erhoben. Für die Ausgangsfrage: „Wird Deutschland Ihrer Ansicht nach die Herausforderungen durch die Aufnahme der Flüchtlinge bewältigen?“ ließen sich – trotz der vielfachen Behauptungen eines „Kippens“ der anfangs positiven Stimmung („Willkommenskultur“), der sexuellen Übergriffe in der sogenannten Silvesternacht in Köln und anderen Städten (2015/16), der islamistischen Anschläge in Europa und in Deutschland (Bayern, im Juli 2016) sowie des Aufstrebens der AFD – nur geringe Veränderungen beobachten: Die Meinungen blieben geteilt, Skepsis und Zuversicht hielten sich in etwa die Waage.

Im August 2018 wurde die Frage zum inzwischen sechsten Mal gestellt. Darüber hinaus wurden einige der konkreteren Sichtweisen zum wiederholten Mal nachgefragt. Über die Einspeisung in eine Mehrthemenbefragung war es möglich, diese Fragen inhaltlich klar vom Thema Islam und Muslim*innen zu trennen.

Die Stimmung ist ‚gekippt‘: Mehr Skepsis als Zuversicht

Im Unterschied zu den früheren Befragungen²⁶ ist im August 2018 eine sehr klare Verschiebung zu beobachten:

Die Skeptischen, die sich eher oder ganz sicher sind, dass Deutschland die Herausforderungen durch die Flüchtlingsaufnahme nicht bewältigen wird, sind nun in der Mehrheit mit einem Anteil von 49 % im Vergleich zu nur noch 29 %, die sich zuversichtlich äußern: Damit zeigt sich inzwischen tatsächlich, dass die Stimmung gekippt ist. Zugleich ist der jeweils beachtliche Anteil an Unentschiedenen (teils/teils) der früheren Befragungen – seit Februar 2016 jeweils knapp ein Drittel – auf weniger als ein Viertel gesunken (Abb. 21).

Für das westliche Bundesgebiet konnte im April 2017 sogar eine Verbesserung der Stimmungslage nachgewiesen werden – mit 39 % überwog hier deutlich die Zuversicht, der bis dahin höchste Wert. Dieser ist nun auf 30 % zurückgegangen (Abb. 22). Im östlichen Bundesgebiet überwog 2017 demgegenüber nach wie vor die skeptische Haltung (42 %), ohne nachweisbare Veränderungen im Zeitvergleich. Auch hier hat sich die Stimmungslage deutlich verschlechtert mit inzwischen 53 %, die sich (eher) skeptisch äußern.²⁷

Man kann durchaus den Eindruck gewinnen, dass die polarisierenden Debatten in Politik und Medien zur ‚Flüchtlingsproblematik‘ zu diesen Veränderungen beigetragen haben.²⁸

²⁷ Vgl. Ahrens (2017b), 4, 6.

²⁸ Vgl. auch Info-Center der R+V Versicherung (2018), zweite Grafik.

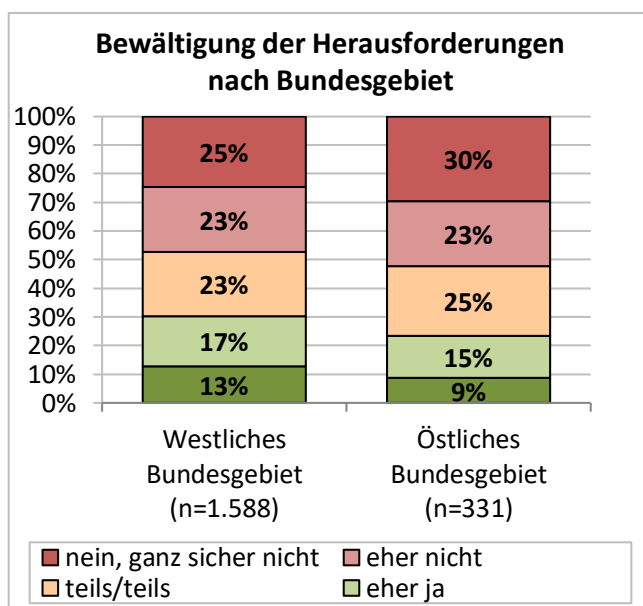


Abbildung 22

Wie schon in den früheren Befragungswellen ist insbesondere die soziale Lage von Bedeutung für die Einschätzung, ob die Bewältigung gelingen wird: 60% der Befragten mit Hauptschulabschluss sind (eher) skeptisch im Vergleich zu 30 % der Hochschulabsolvent*innen, wobei die Anteile der Skeptischen in allen Bildungsgruppen gestiegen sind. Bei einem Haushaltsnettoeinkommen von weniger als 1.000 Euro äußern sich 53 % skeptisch, liegt es bei mehr als 4.000 Euro, votieren 42 % entsprechend.²⁹

Erstmals zeigt sich auch ein klarer Zusammenhang mit dem Alter, sieht man von den Jüngsten (14-19 Jahre) ab, unter denen der Anteil der Zuversichtlichen mit 36 % überdurchschnittlich ausfällt. Mit zunehmendem Alter wächst auch die Zuversicht darauf, dass Deutschland die Herausforderungen bewältigen wird – gleiches gilt in umgekehrter Richtung: beginnend bei lediglich 24 % unter den 20- bis 29-Jährigen bis hin zu 37 % bei den mindestens 80-Jährigen.³⁰ Entgegen gängiger Vorstellungen sind es damit nicht die Älteren, die stärkere Befürchtungen äußern, sondern die Jüngeren, die zu meist gleichzeitig die Verantwortung für ihre Kinder und ihre berufliche Existenz zu tragen haben. Möglicherweise spielt hier auch eine stärkere Gelassenheit der Älteren eine Rolle.

Konkretere Sichtweisen zur Aufnahme geflüchteter Menschen in Deutschland

Drei Statements zu den konkreteren Sichtweisen wurden aus den vorigen Befragungswellen übernommen. Für die Auswahl der positiven Einschätzung, dass darin eine Chance liegt, Neues und Bereicherndes zu entdecken, und der Sorge vor einer Dominanz der muslimischen Kultur war das Kriterium ausschlaggebend, dass sie von hoher Bedeutung für die Bewertung sind, ob Deutschland die Herausforderungen durch die Flüchtlingsaufnahme bewältigen wird.³¹ Vor dem Hintergrund der sich verstärkenden Befürchtungen, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt abnimmt, oder gar auseinanderzubrechen droht³², wurde diese schon in die Befragung vom November 2015 eingespeiste Sorge wieder aufgenommen.³³ Schließlich wurde die Einschätzung, dass sich Deutschland mit der Aufnahme geflüchteter Menschen als freundliches und tolerantes Land erweist, neu eingebracht.

Genau diese Aussage erreicht auch den höchsten Zuspruch (Abb. 23): Zwei Drittel der Befragten bejahen sie. Für die anderen Statements weisen die Trends im Jahr 2018 in eine negative Richtung: Die Zustimmung zu den gesehene Chancen ist inzwischen (etwas) gesunken, auch wenn noch immer eine knappe Mehrheit (52 %) positiv reagiert. Die genannten Sorgen sind 2018 sogar erheblich stärker als früher verbreitet: Die Hälfte der Befragten befürchtet eine Dominanz der muslimischen Kultur, drei Fünftel das Auseinanderbrechen des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Konnte 2017 noch eine gewisse Entspannung der Lage durch (leichte) Rückgänge bei den meisten Sorgen beobachtet werden³⁴, so weisen die Ergebnisse nun deutlich in die entgegengesetzte Richtung: Für die Sorgen ergeben sich die mit Abstand höchsten Werte der bisherigen Befragungswellen.

29 Vgl. Ahrens (2017a), 18. Auf die in den früheren Befragungswellen verwendete subjektive wirtschaftliche Lage musste leider verzichtet werden, weshalb hierzu kein direkter Vergleich möglich ist.

30 Dieses ist ein eigenständiger Effekt, der sich unter gleichzeitiger Berücksichtigung von Geschlecht, Bildung, Ortsgröße (BIK), Haushaltsgröße, Bundesgebiet und HH-Nettoeinkommen zeigt (Betawert 0,126; p=0,000)

31 Vgl. Ahrens (2017a), 23, 31; dies. (2017b), Zu

32 Vgl. Köcher, a.a.O., 3; der Deutsche Bundestag hat im Oktober 2017 die Einrichtung eines „Instituts für den gesellschaftlichen Zusammenhalt“ beschlossen, das derzeit vom BMBF aufgebaut wird. (Vgl. <https://www.bmbf.de/foerderungen/bekanntmachung-1454.html>, abgerufen im Oktober 2018)

33 Für sie hatte sich in der Befragung vom Mai 2016 ein erheblicher Bedeutungsrückgang ergeben (vgl. Ahrens [2017a], 31.

34 Ahrens (2017b), 10, 11.

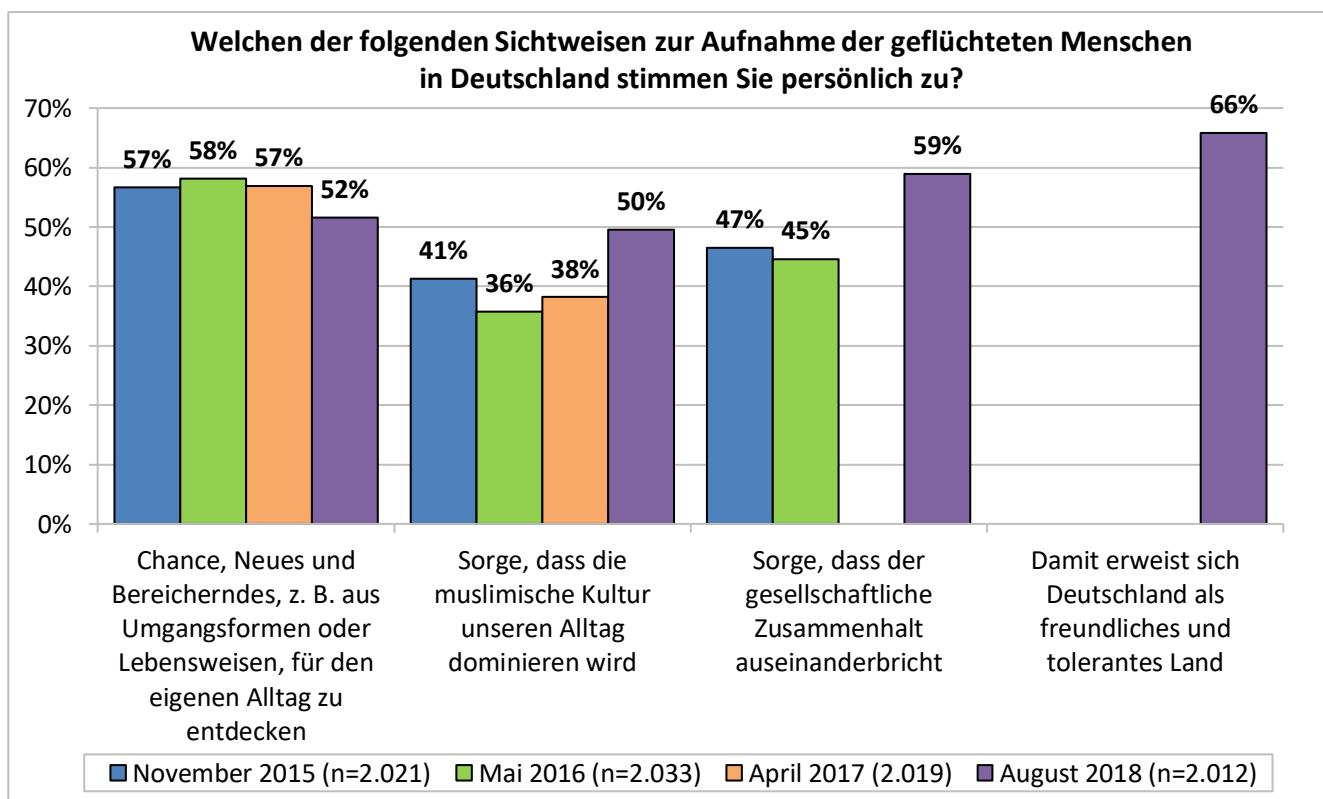


Abbildung 23

Bedeutung der Sichtweisen für die Stimmungslage zur Bewältigung der Herausforderungen

Mit genaueren Analysen (Kontrollierte Korrelationen) wurde der Frage nachgegangen, inwieweit die konkreteren Sichtweisen dazu beitragen, eine zuversichtlichere oder skeptischere Perspektive auf die Bewältigung der Herausforderungen durch die Flüchtlingsaufnahme einzunehmen.

Dabei werden die Effekte, die durch sozialstrukturelle Abweichungen bedingt sind, in Rechnung gestellt. Positive Werte (Betawerte) weisen den Beitrag aus, den die jeweilige Sichtweise für eine zuversichtlichere Haltung leistet, negative Werte stehen ihr entgegen, tragen also zu einer skeptischeren Haltung bei. (Abb. 24)

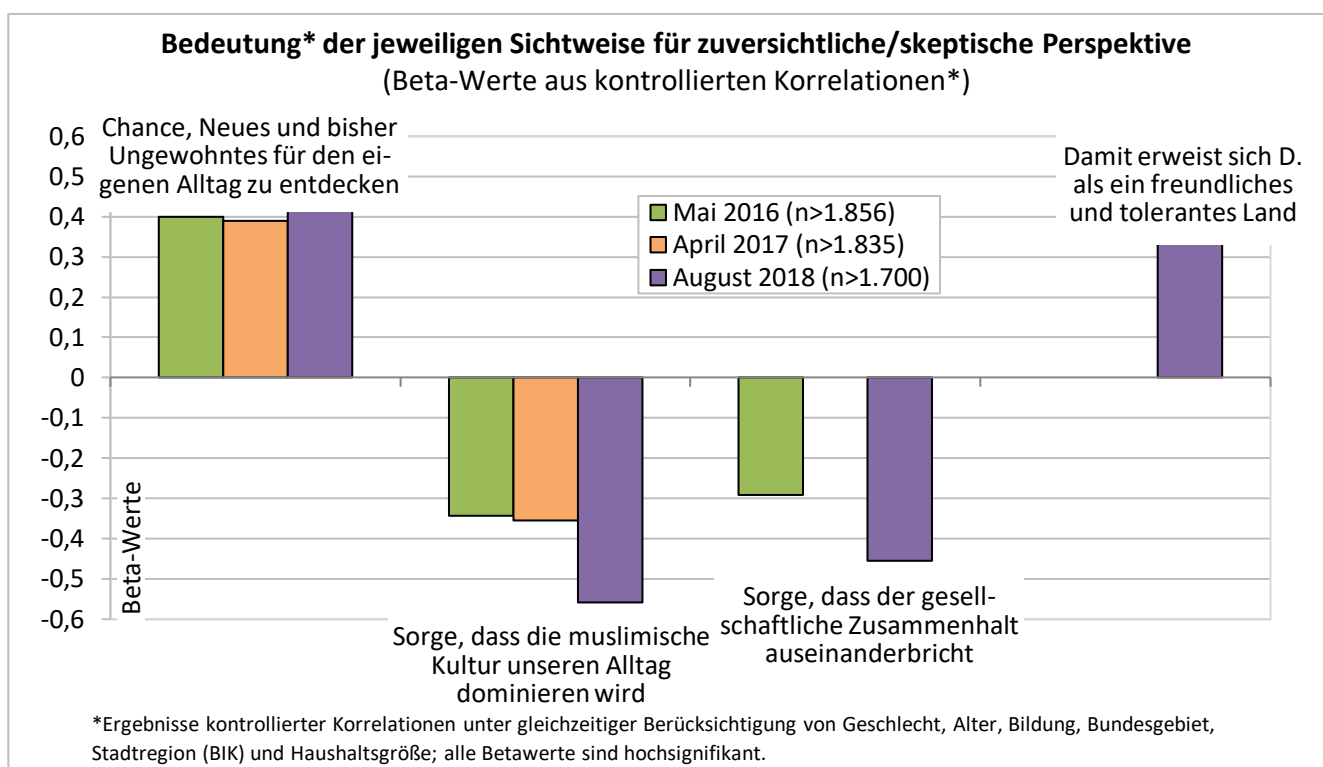


Abbildung 24

Die Ergebnisse zeigen, dass die gesehene Chance, Neues und Ungewohntes für den eigenen Alltag zu entdecken, nach wie vor von großer Relevanz für eine zuversichtliche Perspektive ist – hier sind keine Veränderungen festzustellen. Auch die neu aufgenommene Einschätzung, dass sich Deutschland damit als freundlich und tolerant erweist, hat einen erheblichen positiven Effekt.

Gleichzeitig schlagen allerdings die genannten Sorgen 2018 erheblich stärker als in den vorigen Befragungen zu Buche, obwohl sich die Lage im Blick auf die Flüchtlingsaufnahme in Deutschland inzwischen weitgehend beruhigt hat. Mit diesen Sorgen intensiviert sich die skeptische Perspektive; und dieser Effekt ist noch größer als der, den die positiven Sichtweisen für eine zuversichtliche Haltung haben. Im April 2017 war das noch nicht der Fall.

Bedeutung der Wahrnehmungen zu Islam und Muslim*innen für die Stimmungslage zur Bewältigung der Herausforderungen Die Vermutung, dass die Wahrnehmungen zu Islam und Muslim*innen mit der Stimmungslage zur Aufnahme Geflüchteter in Deutschland zusammenhängen, lag nah. Zu deren Überprüfung wurden ebenfalls kontrollierte Korrelationen durchgeführt (s. o.).

Tatsächlich zeigen sich entsprechende Effekte für alle Meinungen zu Islam und Muslim*innen.³⁵ Für die Darstellung wurden die drei am stärksten ausgeprägten ausgewählt (Abb. 25). In ihrer Bedeutung für die Einschätzung, inwieweit Deutschland die Herausforderungen durch die Aufnahme Geflüchteter bewältigen wird, stehen sie den Sichtweisen mit direktem Bezug auf die Geflüchteten nicht nach. Entsprechendes gilt auch für die wahrgenommene Bedrohlichkeit des Islam als Religion. Auf die Unterscheidung zwischen Geflüchteten, Islam und Muslim*innen – die zum Teil ja bereits in dritter Generation in Deutschland leben – kommt es dabei offenbar kaum an. Auch wenn zu bedenken ist, dass diese Differenzierungen nicht explizit in die Befragung eingebaut wurden: Hier vermittelt sich schon fast der Eindruck, dass die Ergebnisse Züge eines ‚Syndroms‘ tragen: Wer eine offene oder positive Sicht zum Islam, auf Muslim*innen oder Geflüchtete in Deutschland hat, ist im Blick auf die Bewältigung der damit zusammenhängenden Schwierigkeiten zuversichtlich, wer eine negative Sicht hat, äußert sich in dieser Hinsicht skeptisch.

Völlig anders stellt sich das Ergebnis allerdings dar, wenn es um die persönlichen Kontakte geht. In den Befragungen zur Flüchtlingsaufnahme hatte der persönliche Kontakt zu Geflüchteten eine hohe Bedeutung für eine zuversichtliche

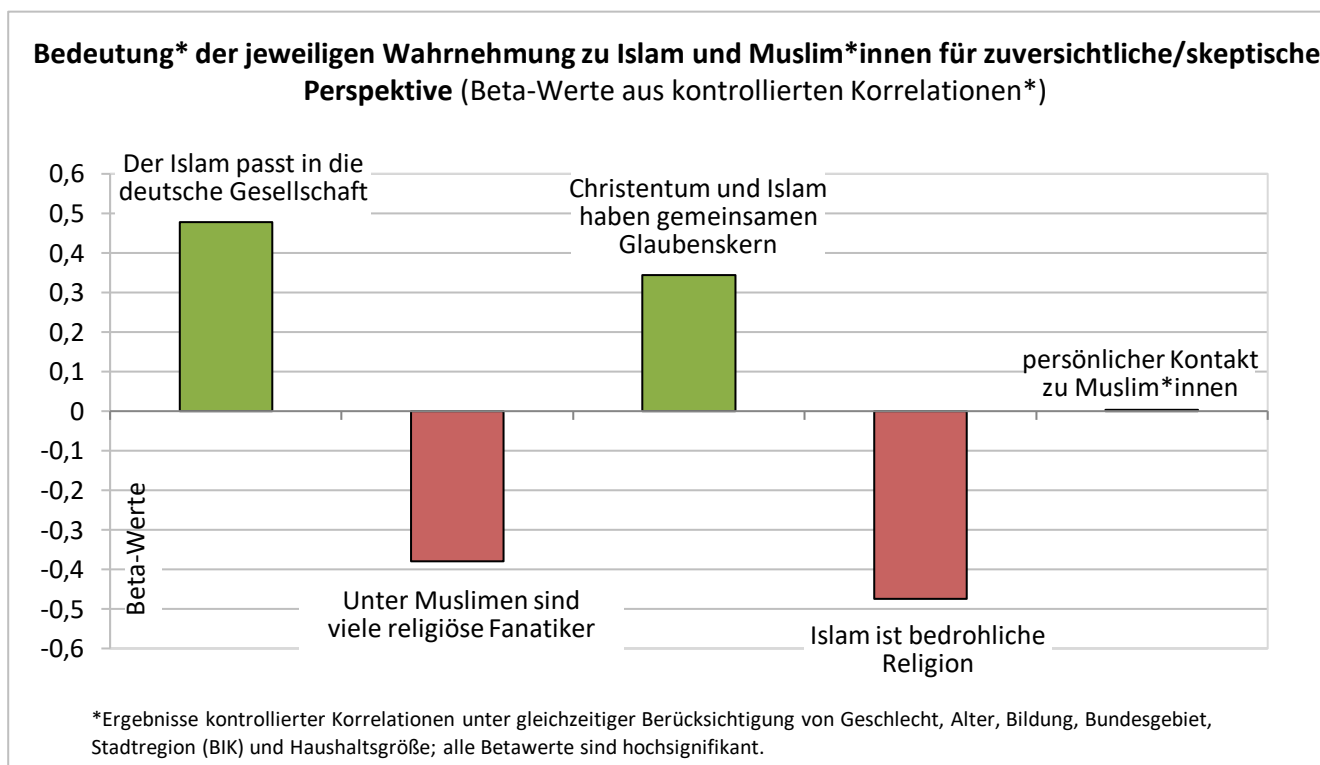


Abbildung 25

35 Darunter fällt der für die Aussage „Ich hätte nichts gegen eine/n muslimische/n Bürgermeister*in in meiner Gemeinde“ ermittelte Betawert von 0,274 ($p=0,000$) noch mit Abstand am niedrigsten aus. Die Betawerte bewegen sich zwischen 0,318 (bin für islamischen Religionsunterricht) und 0,478 (Islam passt in deutsche Gesellschaft); der negative Betawert liegt bei 0,380 (viele religiöse Fanatiker).

Perspektive auf die Bewältigung der Herausforderungen durch die Flüchtlingsaufnahme.³⁶ Der 2018 nachgefragte persönliche Kontakt zu Muslim*innen steht jedoch in keiner Verbindung dazu, er spielt einfach keine Rolle. Demgegenüber schlägt er sich in den Wahrnehmungen zu Islam und Muslim*innen – gemäß der Kontakthypothese (vgl. Erläuterungen zu Abb. 12) – positiv nieder.

Offenbar sprechen die persönlichen Begegnungen mit Muslim*innen im alltäglichen Leben andere Wahrnehmungshorizonte an, die im Unterschied zu den eher generalisierenden Meinungen zu Islam und Muslim*innen eben nicht auf die – derzeit überwiegend kritische – Stimmungslage zur Flüchtlingsaufnahme ausstrahlen.

Resümee

In den Wahrnehmungen der Bevölkerung zum Islam in Deutschland dokumentiert sich eine zum großen Teil kritische Sicht, die stark durch affektive Komponenten besetzt ist: Die Mehrheit der Bevölkerung empfindet ihn eher als bedrohlich. Muslim*innen sind demgegenüber überwiegend als Zugehörige des gesellschaftlichen Alltagslebens akzeptiert. Entgegen gängiger – politischer – Argumentationen bilden die Ergebnisse aber keine einfache Gegenüberstellung von Islam und Muslim*innen ab. Vielmehr schlägt sich die positive Sicht auf Muslim*innen auch in einer offeneren Haltung zum Islam nieder.

Passend dazu leistet der persönliche Kontakt zu Muslim*innen einen wichtigen Beitrag zu einer insgesamt ‚entspannteren‘ Sicht. Besonderes Augenmerk sollte einer Verbesserung der bisher weit unterdurchschnittlichen gesellschaftlichen Teilhabe von Muslim*innen gelten, da deren aktive zivilgesellschaftliche Einbindung mit einer Intensivierung der wechselseitigen Beziehungen auch im privaten Bereich verbunden ist.

Auffallend ist die zum größten Teil positive Sicht auf Islam und Muslim*innen unter den 14- bis 19-Jährigen, die damit eine Ausnahme darstellen. Ein Grund dafür wird im alltäglichen Umgang miteinander in der Schule liegen, der offenbar auch zu einer Verstärkung der privaten Kontakte führt. Doch scheint diese überwiegend positive Sicht der Jüngsten keine besonders nachhaltige Wirkung zu haben. Zwar liegt mit der Befragung nur eine Momentaufnahme vor. Doch findet sich in den Ergebnissen für die nachfolgenden Altersgruppen auch kein Hinweis darauf.

Die soziale Ungleichheit erweist sich – wie in den meisten Studien zu ähnlichen Thematiken – als wichtiger Faktor für die jeweiligen Einschätzungen: Mit höherer Bildung und/

oder höherem Einkommen wächst die Akzeptanz von Islam und Muslim*innen.

Der christlich-islamische Dialog der evangelischen Kirche kann auf großen Rückhalt in der Bevölkerung bauen. Knapp zwei Drittel sprechen sich für seine Fortsetzung oder gar Verstärkung aus. Zwar ist diese Unterstützung nicht unabhängig von den eigenen Wahrnehmungen zu Islam und Muslim*innen. Doch sie überwiegt selbst unter denen, die sich gegen positiv konnotierte Wahrnehmungen wenden.

Geradezu im Zentrum der Erwartungen an diesen Dialog steht der Einsatz für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, wobei die Behandlung sozialer Themen mit großem Abstand Vorrang genießt. Die Ausrichtung des Dialogs auf genuin religiöse Fragen steht auch bei hoch identifizierten Kirchenmitgliedern deutlich dahinter zurück.

Die Vorstellungen für eine wechselseitige Vertrauensstärkung zwischen nicht muslimischer und muslimischer Bevölkerung korrespondieren den Erwartungen zum christlich-islamischen Dialog. Auch hier steht der Dialog, direkt nachfolgend aber auch gegenseitiger Respekt und Toleranz an vorderster Stelle. Die große Bedeutung, die entsprechenden Maßnahmen zur Vertrauensstärkung – und damit auch der Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts – eingeräumt wird, ist mit der weit überwiegenden Unterstützung für deren Entwicklung offensichtlich. Dennoch darf nicht außer Acht gelassen werden, dass immerhin ein knappes Fünftel der Befragten keine Möglichkeit sieht, in diese Richtung zu gehen. Es stellt sich heraus, dass diese Position vor allem unter jenen zu finden ist, die sich sowohl gegen den Islam als auch gegen die Zugehörigkeit von Muslim*innen in unserer Gesellschaft aussprechen.

Im Weiteren zeigt sich eine enge Verquickung zwischen den Einschätzungen zu Islam und Muslim*innen mit der Sichtweise zur Aufnahme geflüchteter Menschen in Deutschland. Die Akzeptanz von Islam und/oder Muslim*innen ist mit einer zuersichtlichen Perspektive auf die Flüchtlingsaufnahme verbunden, die Ablehnung mit einer skeptischen Haltung.

Zugleich muss in der aktuellen Befragung erstmals eine deutliche Verschlechterung der Stimmungslage zur Aufnahme Geflüchteter festgehalten werden: Im Unterschied zu den früheren Erhebungen geht inzwischen die Bevölkerungsmehrheit davon aus, dass Deutschland die damit verbundenen Herausforderungen nicht bewältigen wird. Auch die in diesem Zusammenhang nachgefragten Sorgen haben sich erheblich verstärkt. Es hat den Anschein, dass die polarisierende und sich in der Tonalität verschärfende Debatte – zu Geflüchteten wie zum Islam in Deutschland – dazu beigetragen hat.

³⁶ Vgl. Ahrens (2017a), 37f., wo allerdings auch wichtige Differenzierungen im Zeitvergleich herausgearbeitet werden. Vgl. dies. (2017b), 9f., 13.

Literatur

Ahrens, Petra-Angela (2017a), Skepsis und Zuversicht. Wie blickt Deutschland auf Flüchtlinge?, Hannover.

Ahrens, Petra-Angela (2017b), Wie blickt Deutschland auf Flüchtlinge? Erwartungen der Bevölkerung zur Aufnahme von Flüchtlingen zwischen November 2015 und April 2017; Präsentation zur Pressekonferenz in Bonn.

Bedford-Strohm, Heinrich, Jung, Volker (2015) (Hrsg.), Vernetzte Vielfalt. Kirche angesichts von Individualisierung und Säkularisierung, Die fünfte EKD-Erhebung über Kirchenmitgliedschaft, Gütersloh.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ, Hrsg., 2016), Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014, Berlin.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW, 2018), 4,3 Prozent der in Deutschland lebenden Erwachsenen sind Muslime, Pressemitteilung vom 18.04. 2018.

Evangelische Kirche in Deutschland (24. September 2018), Positionspapier der EKD zum christlich-islamischen Dialog, Hannover.

Huber, Wolfgang, Friedrich, Johannes, Steinacker, Peter (Hrsg., 2006), Kirche in der Vielfalt der Lebensbezüge. Die vierte EKD-Erhebung über Kirchenmitgliedschaft (KMU IV), Gütersloh.

Info-Center der R+V Versicherung (2018), Die Ängste der Deutschen 2018 (<https://www.ruv.de/static-files/ruvde/Content/presse/die-aengste-der-deutschen/aengste-grafiken/ruv-aengste-grafiken.pdf>, abgerufen im Oktober 2018)

Köcher, Renate (Institut für Demoskopie Allensbach, 2018), Generation Mitte 2018, Präsentation am 19. September. (<https://www.gdv.de/resource/blob/35800/976845c78eb98f501a1487eeb3907079/generation-mitte-2018---prae-sentation-ifd-data.pdf>, abgerufen im Oktober 2018).

Kroh, Martin/Fetz, Karolina (2016), Das Profil der AfD-AnhängerInnen hat sich seit Gründung der Partei deutlich verändert, in: DIW-Wochenbericht, 34/2016

Pollack, Detlef, Müller, Olaf (2013), Religionsmonitor. Verstehen, was verbindet, Religiosität und Zusammenhalt in Deutschland, hrsg. von: Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

Sinnemann, Maria, Engagement mit Potenzial. Sonderauswertung des vierten Freiwilligensurveys für die evangelische Kirche, Hannover.

Stichs, Anja (2016), Wie viele Muslime leben in Deutschland? Eine Hochrechnung über die Anzahl der Muslime in Deutschland zum Stand 31. Dezember 2015, Im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz, hrsg. vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg.

Vehrkamp, Robert und Merkel, Wolfgang (2018), Populismusbarometer 2018. Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2018, hrsg. von: Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

Vogel, Claudia, Hameister, Nicole (2016), Mitgliedschaften in Religionsgemeinschaften, in Vereinen und gemeinnützigen Organisationen und freiwilliges Engagement, in: BMFSFJ (Hrsg.), a.a.O., 233-249.

Sozialwissenschaftliches Institut
der Evangelischen Kirche in Deutschland
Arnswaldtstraße 6, 30159 Hannover
Telefon 0511-55 47 41-0
Telefax: 0511-55 47 41-44
e-Mail: info@si-ekd.de
www.si-ekd.de